

Der Freisinn

FDP

Nr. 6
Juni 1986
8. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 250 31 11

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Zum Abschluss der eidgenössischen Staatsrechnung

Finanzpolitische Trendwende fehlt

Dass trotz allen anderslautenden Beteuerungen auf eidgenössischer Ebene die Ausgabendisziplin zu wünschen übrig lässt, zeigt ein Blick auf die Staatsrechnung des vergangenen Jahres. Tiefrote Zahlen konnten nur vermieden werden, weil die Einnahmen weiterhin über die budgetierten Erwartungen hinausfliessen. Wenn es nicht eines Tages zu einem «bösen Erwachen» kommen soll, muss eine finanzpolitische Trendwende herbeigeführt werden.

Die eidgenössische Staatsrechnung 1985 schliesst bei 22.881 Mio. Fr. Ausgaben und 22.185 Mio. Fr. Einnahmen mit einem Ausgabenüberschuss von 696 Mio. Fr. ab, womit das budgetierte Defizit um lediglich 13 Mio. Fr. übertroffen wurde. Gemessen an den Zahlen des Vorjahres hat der Fehlbetrag um 248 Mio. Fr. zugenommen. Eine finanzpolitische Trendwende wird nicht angezeigt. Zum einen setzt der neuere Fehlbetrag die seit 1971 anhaltende Defizitreihe fort, zum andern sind die Aussichten für die nächsten Jahre – das für 1986 erwartete bessere Ergebnis darf nicht falsche Erwartungen wecken – keineswegs rosig, wie der Finanzplan des Bundesrates vom letzten Oktober zeigt. Die Regierung nimmt daher die Rechnung 1985 zum Anlass, um erneut und eindringlich auf die strukturellen

Schwächen des Bundeshaushaltes hinzuweisen.

Unerfreuliche Ausgabensteigerung

Bei einem nominellen Wirtschaftswachstum von 5,4% ist eine Ausgabensteigerung von 5,7%, nämlich um 1237 Mio. Fr., nach wie vor als unerfreulich zu bezeichnen. Dazu kommt, dass sich die bestehende Staatsschuld der 30-Milliarden-Grenzen nähert. Tagtäglich muss der Bund allein für Schuldzinsen gegen 3 Mio. Fr. ausgeben! Der Ausgabendruck hält an, die finanziellen Quellen sprudeln aber nicht mehr so üppig. Immerhin verzeichnen die Einnahmen noch einen Zuwachs von 989 Mio. Fr. oder 4,7%. Der Rechnungsabschluss bestätigt, dass sich die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben wieder

bedrohlich zu öffnen beginnt. Für eine dauerhafte und echte Sanierung des Bundeshaushaltes muss daher der besseren Kontrolle der Ausgabenentwicklung nach wie vor erste Priorität zukommen, und zwar um so mehr, als auch die Erfüllung neuer Ausgaben (beispielsweise in den Bereichen Ausbildung, Forschung, Umwelt und Verkehr) sicherzustellen ist. Es ist unbedingt ein Ausgabenwachstum anzustreben, das unter der angenommenen Wirtschaftsentwicklung liegt.

Tiefgreifende Störungen im Bundeshaushalt

Grösste Bedeutung kommt deshalb der Behebung der strukturellen Ungleichgewichte im Finanzhaushalt des Bundes zu. Einerseits ist ausgabenseitig unter anderem der übergrosse Anteil von Transferleistungen von 63,5% zu nennen. Eine umfassende Überprüfung des Subventionswesens ist dringlich, wobei ein konzentrierter Mitteleinsatz über ein klare Prioritätenordnung anzustreben wäre. Andererseits gibt es verschiedene Aufgabenbereiche, deren beabsichtigte Finanzierung durch zweckgebundene Einnahmen nicht mehr genügend gewährleistet ist und welche daher die allgemeinen Bundesmittel immer mehr beanspruchen. Damit wird die bestehende tiefgreifende Störung im Bundeshaushalt besonders deutlich unterstrichen.

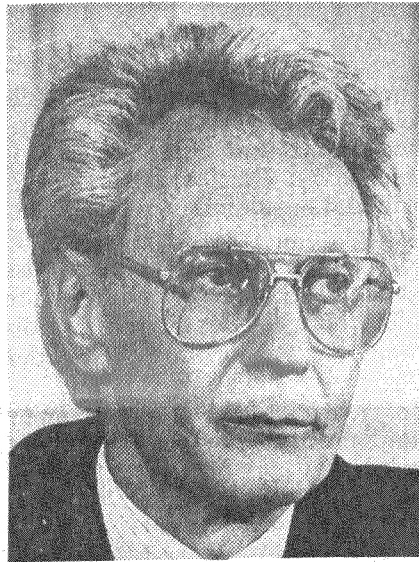
So sind im Jahre 1985 die für AHV und IV zweckgebundenen Einnahmen aus der Alkohol- und Tabakbesteuerung zwar leicht an-

Fortsetzung auf Seite 2

Gespräch mit FDP-Parteipräsident Hunziker

«Keine Ermüdungserscheinungen»

Die FDP ist in den letzten Wochen und Monaten in die Schlagzeilen der Medien geraten. Allerdings nicht immer nur mit positiven Meldungen. «Der Freisinn» führte deshalb mit dem Präsidenten der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Nationalrat Dr. Bruno Hunziker (Aarau), ein Gespräch.



Die FDP hat in jüngster Zeit bei verschiedenen kantonalen und kommunalen Wahlen für Aufsehen gesorgt. Ist die Partei im Jahr vor den eidgenössischen Wahlen auf die Verliererstrasse eingebogen?

Nein, sicher nicht. Es hat, was ich bedaure, negative Überraschungen gegeben. Andererseits ist nicht zu übersehen, dass unsere freisinnigen Parteifreunde in mehreren Kantonen ihre Position nicht nur halten, sondern sogar ausbauen konnten. Ich erinnere nur an die Wahlen in meinem Heimatkanton, wo wir ein zweites Regierungsmandat eroberten. Dasselbe gelang den Freisinnigen in Obwalden. In der Waadt sicherten unsere Parteifreunde trotz dem indirekten Angriff der Liberalen ihre Dreier-Vertretung in der kantonalen Exekutive. Ähnliches wäre aus verschiedenen Wahlen in kantonale Parlamente zu berichten.

Aber Niederlagen hat es doch auch gegeben?

Leider. Aber diese sind in den meisten Fällen auf besondere Situationen zurückzuführen. Die Gründe für den Verlust beider Regierungsratssitze im Kanton Bern dürften noch in bester Erinnerung sein. Auch im Kanton Genf führten besondere Verhältnisse zur Reduktion der freisinnigen Vertretung in der Kantonsregierung von zwei auf einen Sitz. Der Verlust eines Regierungsmandates im Kanton Thurgau war vorauszusehen, da die FDP nicht jene Wählerstärke wie ihr Partner, die SVP, besitzt.

Und in Zürich?

Gerade hier haben unglückliche Konstellationen zu Verlusten geführt. Dazu gehören die fehlende innere Geschlossenheit –

was im übrigen auch für die Wahlen im Kanton Genf gilt – sowie das Fehlen einer geschlossenen bürgerlichen Übereinstimmung. Immerhin bleibt anzumerken, dass in der städtischen Legislative die FDP nach dem massiven siebenprozentigen Sprung nach vorne vor vier Jahren immerhin deren zwei Prozent halten konnte. Dagegen verzeichnet beispielsweise die SP – und dies gilt nicht nur für die Zürcher Gemeinderatswahlen – seit Jahren konstant Wählereinsbussen.

Sind die Freisinnigen überheblich geworden?

Weder überheblich noch übermütig. Aber es ist nicht in allen Teilen das Mass für das Realistische, das Machbare gefunden worden. Nach den Jahren des Erfolgs befand man sich offensichtlich in einigen Orten in einem Zustande der Euphorie, glaubte, Sonderzüge fahren zu können, und stürzte sich – ich möchte beinahe sagen selbstmörderisch – in Experimente und Abenteuer.

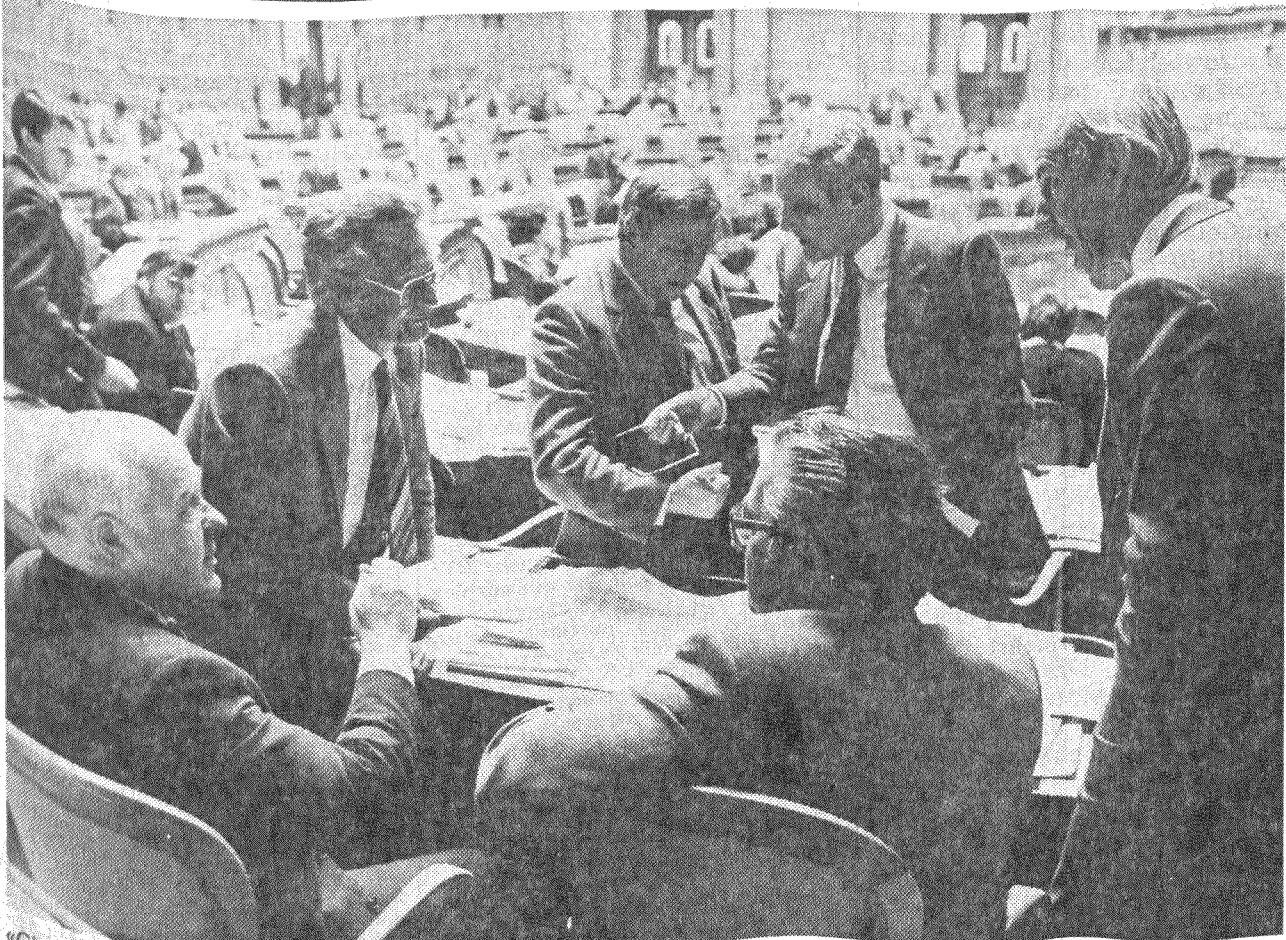
Zeigen die Freisinnigen Ermüdungserscheinungen?

Nein, sicher nicht. Wie ich schon gesagt habe, mussten wir nicht nur bittere Niederlagen und Verluste hinnehmen, sondern konnten auch Erfolge verbuchen. Es liegt also keine beängstigende Entwicklung vor, auch keine Ermüdungserscheinungen.

Wie wollen Sie den Weg zurück zum Erfolg finden?

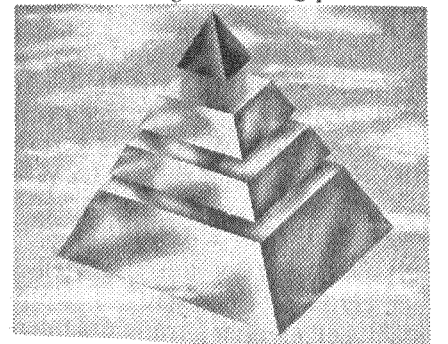
Dafür sehe ich primär zwei Wege. Zum einen unsere Politik gegenüber aussen, zum andern

Fortsetzung auf Seite 4



«Gipfeltreffen» im Nationalratssaal (v. l. n. r.): FDP-Fraktionschef Ulrich Bremi (ZH), FDP-Präsident Bruno Hunziker (AG), Christoph Blocher (SVP, ZH), CVP-Präsident Flavio Cotti (TI), LPS-Präsident Gilbert Coutau sowie (mit dem Rücken zur Kamera) CVP-Fraktionschef Paul Zbinden (FR).

SKA Anlage-Service plus.



Wir leisten mehr, damit Sie an der Spitze sind.



SCHWEIZERISCHE
KREDITANSTALT
SKA

Technologie braucht offene Wirtschaft

Europa im Rückstand?

Die Auffassung, Europa gerate gegenüber den USA und Japan auf dem Gebiet der modernen Technologien zunehmend in Rückstand, ist verbreitet, aber nur zum Teil zutreffend. Es gibt durchaus auch im alten Erdteil wissenschaftliche Spitzenleistungen. Darauf geht der folgende Beitrag ein.

Bedauerlich ist, dass die Spitzenleistungen im alten Erdteil in vielen Fällen nur kleinräumig genutzt werden. Das liegt an der Fragmentierung der Märkte, wie sie trotz einer rund dreissigjährigen Geschichte wirtschaftlicher Integration fortbesteht. Zu häufig lässt sich europäische Intelligenz nur unzureichend fruchtbar machen, weil sie von Land zu Land auf Hindernisse ihrer ökonomischen Nutzung stösst. Auch fehlt es nicht selten an unternehmerischer Dynamik. Ein Beispiel dafür ist Frankreich, das etwa im Flugzeugbau, in der Raumfahrt, in Eisenbahnwesen oder in der Nuklearenergie eindruckliche Leistungen vorzuweisen hat, ohne aber durchschlagende Exportfolge zu erzielen.

Eine neue Dimension der europäischen Integration

Immerhin ist man sich in Paris wie in der Europäischen Gemeinschaft (EG) insgesamt der Zusammenhänge zwischen Technologie und Markt in letzter Zeit vermehrt bewusst geworden. Es ist kein Zufall, dass die EG in ihrer mittelfristigen Strategie zwei verbundene Ziele in den Vordergrund gerückt hat, nämlich den «Binnenmarkt», der bis 1992 alle Hemmnisse des freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs beseitigen soll, und die «Technologiegemeinschaft», für die beträchtliche finanzielle und personelle Mittel vorgesehen sind. Bereits ist dabei eine Reihe langfristiger Programme in Gang gesetzt worden.

Zu ihren Gegenständen gehören etwa die Informatik, die Kommunikationstechnik, die Biotechnologie, der Strahlenschutz, moderne Werkstoffe und neue Energien. Das vom französi-

schen Staatspräsidenten Mitterrand lancierte Projekt «Eureka» kommt dazu; es soll eine umfassende Gemeinschaftsforschung industrieller Nutzung zuführen und für alle westeuropäischen Staaten, also auch für Nicht-EG-Mitglieder, offen sein. In selektiver Weise trifft dies auch für die unmittelbaren EG-Programme zu.

Schweizerische Zielschwerpunkte

Die Schweiz hat gute Gründe, für die europäischen Bestrebungen wachsam zu bleiben und möglichst häufig gleichberechtigte Partnerschaft anzustreben. In den «Zielen der Forschungspolitik des Bundes (1988-1991)», die der Bundesrat vor kurzem verabschiedet hat, wird nachdrücklich auch eine Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit postuliert. Als Grundlage besteht ja seit 1984 das eidgenössische Forschungsgesetz.

Sicherlich lassen sich die nunmehr ausgewählten Hauptbereiche – neue Technologien, Umweltschutz und neuzeitliche Probleme von Gesellschaft und Individuum – zumindest teilweise international fruktifizieren. Allerdings wird zu beachten sein, dass jedenfalls die anwendungsnahe Forschung in der Schweiz traditionell eine Vorrangdomäne der Privatwirtschaft ist, während sie in vielen anderen Ländern mehr und mehr dem Staat zugeordnet wird.

Rahmenabkommen mit Brüssel

Einen Eigenwert hat unabhängig davon das forschungspolitische Rahmenabkommen, das im Spätsommer zwischen der Schweiz und der EG fertiggestellt worden

Fragwürdige Fortschrittlichkeit

Es gibt Mitleid, die vor dem sogenannten «Fortschritt» Angst haben. Computer und andere Erzeugnisse der rasanten technischen Entwicklung rufen in ihnen Horrorvisionen hervor. Diese diffusen Ängste findet man nicht nur bei älteren Leuten, sondern sehr oft gerade bei den jungen «Aussteigern».

Merkwürdigerweise beziehen sich diese Zukunftsängste vorwiegend auf Erscheinungen der technischen Entwicklung und deren Folgeerscheinungen, wie Waldsterben, Luftverschmutzung und Bodenverschleiss, aber relativ selten auf gewisse geistige Tendenzen, die ebenfalls unter dem Titel «Fortschritt» verkauft werden. Gerade solche Fortschritte können aber des öftern recht fragwürdig sein. Insbesondere, wenn sie sich dem noch bestehenden Volksempfinden entgegensetzen. Dabei darf man nicht in den Fehler verfallen, dieses Volksempfinden nur mit «sturem Konservativismus» gleichzusetzen.

Ein Gebiet, auf dem dieses Volksempfinden noch immer sehr bestimmend ist oder vielleicht auch sein sollte, ist das allgemeine Strafrecht. Gewiss hat sich auch hier im Laufe der Jahrhunderte und Jahrzehnte die öffentliche Meinung wesentlich gewandelt. Strafen für Verbrechen und Vergehen sind nicht mehr in erster Linie vom Rachegeanken diktiert. Für die oft grausame Justiz der islamischen Länder hat man wenig Verständnis. Man scheint akzeptiert zu haben, dass die Strafe in erster Linie der Erziehung und Resozialisierung dienen soll. Inwieweit diese Strafen aber auch den genannten Zweck erreichen,

ist noch eine unbeantwortete Frage.

Ebensowenig scheint auch die Frage beantwortet zu sein, ob Strafen abschreckend wirken. Oder, auf einen einfachen Nenner gebracht: Vermag die Angst vor einer Gefängnisstrafe und der damit unweigerlich verbundenen sozialen Diskriminierung Verbrechen zu verhindern?

Betrachtet man die kürzlich erschienene Kriminalstatistik der Schweiz für das Jahr 1985, so scheint dies eindeutig nicht der Fall zu sein. Die Zahl der Strafanzeigen nahm im Vergleich zum Vorjahr um nahezu ein halbes Prozent auf insgesamt 318 257 zu, davon die Mehrzahl Vermögensdelikte. Die Tatsache, dass die Zahl der Delikte gegen Leib und Leben ansteigt, weist auf eine Zunahme von Gewalt bei Verbrechenbegehung hin.

In dieses reale Umfeld fielen vor einigen Wochen abstrakt und irgendwie auch wirklichkeitsfremd die Vorschläge des Berner Strafrechtlers Prof. Hans Schultz, Thun, für die Revision des allgemeinen Strafrechts. Dieser war vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement noch in der Ära von Bundesrat Dr. Rudolf Friedrich mit den Vorarbeiten zur Revision beauftragt worden. Dessen Vorschläge scheinen nun von einem Geist der Fortschrittlichkeit geprägt zu sein, den man sozialpolitisch vielleicht als aufgeschlossenen oder gar als zeitgemäss bezeichnen mag, die aber vorläufig vermutlich von breiten Volkskreisen nicht nachvollziehbar sind. Denn unbestrittenmassen lebt man heute in einer ständigen Angst vor der zunehmenden

den Kriminalität. Die öffentliche Meinung ruft nicht nach milderer Bestrafung, sondern im Gegenteil nach härteren Strafen. Es geht hier nicht um Rachegefühle, sondern schlicht um Angst.

Der Vorentwurf ist von solchen Überlegungen weit entfernt. Es geht nicht mehr nach dem alten, leichten Sprichwort, dass man die kleinen Diebe hänge und die grossen laufen lasse. Im Gegenteil, für die «kleinen Sünder» soll es keine Gefängnisstrafen mehr geben – was vor allem die baulich oft rückständigen Strafanstalten entlasten würde. Kleinere Vergehen, für die es bis anhin eine Haftstrafe gab, sollen mit einer Geldbusse oder mit gemeinnütziger Arbeit abgegolten werden. Ob das die Kriminalität vermindern würde, ist zumindest fraglich. Nach dem Vorentwurf soll auch nicht mehr zwischen Vergehen und Verbrechen unterschieden werden. Was wahrscheinlich nur mit Mühe verstanden wird, denn für den Normalbürger ist ein Mord noch immer ein Verbrechen und kein Vergehen wie eine Geschwindigkeitsüberschreitung. Ferner soll die Frist für «bedingte» von jetzt achtzehn Monaten auf drei Jahre erhöht werden. Was wieder die Strafanstalten entlastet, die gewünschte Resozialisierung aber kaum fördern würde.

Bis diese Strafrechtsreform vor das Parlament (und schliesslich auch vor das Volk) kommt, dauert es noch geraume Weile, nämlich bis in die Jahre 1992/93. Es wird sich weisen, ob innerhalb dieser wenigen Jahre sich das Volksempfinden im Sinne einer weitgehenden Lockerung der Moralbegriffe ändert.

Beatrice Steinmann

Fortsetzung von Seite 1

gestiegen, reichten aber zur Deckung der Bundesleistungen bei weitem nicht aus, so dass 2594 Mio. Fr. aus allgemeinen Bundesmitteln bereitgestellt werden mussten. Dieser Anteil hat sich von 55% im Jahre 1975 auf 71% erhöht. Für den Bereich Landwirtschaft und Ernährung, deren Gesamtausgaben erstmals die Grenze von 2 Mia. überschritten, mussten aus allgemeinen Bundesmitteln 1371 Mio. Fr. oder 32 Mio. Fr. mehr als im Vorjahr aufgewendet werden. Unter diesen Umständen kommt der grundsätzlichen Überprüfung ganzer Aufgabenbereiche mit dem Ziel, auf den Abbau von Ausgabenautomatismen hinzuwirken, eine überaus wichtige Bedeutung zu. Bei den angestammten wie neuen Aufgaben ist das Sparpotential voll auszuschöpfen, insbesondere ist beim öffentlichen Verkehr dem Prinzip der Eigenwirtschaftlichkeit nachzuleben, womit sich eine uferlose Subventionierung verbietet.

Grosszügiges Parlament

Wie schlecht es um die vielbeschworene Ausgabenzipline steht, zeigen aber gerade die unerfreulichen Zahlen des Rechnungsabschlusses. So hat das Parlament im letzten Jahr gegen den Willen des Bundesrates in der Form von Nachträgen zusätzliche Zahlungskredite in der Höhe von 832 Mio. Fr. bewilligt. Damit verliert natürlich der Ruf nach Sparanstrengungen im Parlament einiges an

Kredit. Die verhältnismässig guten Budgetergebnisse für das Jahr 1986 verleiten offenbar wieder dazu, die Ausgabendisziplin zu lockern.

Weitere Beispiele mangelnden Sparwillens liefert aber auch der Bundesrat mit seiner Absicht, die vorzeitige Pensionierung des Bundespersonals ab dem 62. Altersjahr bei voller Altersrente zu realisieren. Ferner widersetzen sich Bundesrat und Verwaltung vehement Vorschlägen zu wirksamen Kosteneinsparungen im Personalsektor. Und schliesslich hat das Parlament entgegen dem ursprünglichen Konzept die vorgezogene Revision der Ergänzungsleistungen nicht kostenneutral ausgestaltet. Ob dies wenigstens bei der Revision der IV gelingen wird, ist mehr als eine offene Frage.

Steuerliche Verzerrungen

Der Rechnungsbotschaft ist zu entnehmen, dass die Verbrauchssteuern trotz einer Erhöhung der Wust und der Einführung der Schwerverkehrsabgaben unterdurchschnittlich wachsen und laufend an Gewicht verlieren. Ihr Anteil an den Fiskaleinnahmen beläuft sich auf gut 58% (1970: 68,6%). Völlig unverständlich ist die Weigerung des Bundesrates, dem verbindlichen Auftrag des Parlamentes nachzukommen, der auf die Revision der Wust abzielt.

Diese Revision hätte auf dem Gesetzeswege realisiert werden

ist. Obwohl die Übereinkunft nichts revolutionär Neues bringt, verbürgt sie doch ein permanent wirksames Forum für den Austausch von Informationen, von Meinungen, von Absichten, von Programmen und nicht zuletzt von Wissenschaftlern und Technikern. Die Kooperation wird weiterhin von Fall zu Fall durch spezifische Vereinbarungen zu kon-

können und die Grundlage für eine spätere Erhöhung der indirekten Steuern geschaffen. Letztere «schenken» im internationalen Vergleich relativ wenig ein; um so saftigere Rechnungen müssen dafür die besser verdienenden Steuerzahler dem eidgenössischen Steuervogt direkt bezahlen. Der überdurchschnittliche Einnahmewachstum aus direkten Steuern von 8,9% im Zeitraum 1983/1985 reichte allein aber nicht aus, um aus den roten Zahlen zu kommen. Insgesamt erhöhte sich der Anteil der Bundesfiskaleinnahmen am Bruttoinlandsprodukt in der Zeit von 1970-1985 von 8,0 auf 9,1%.

Gürtel enger schnallen

Da in Zukunft die bestehenden Einnahmequellen nicht mehr im bisherigen Ausmass sprudeln werden, insbesondere die direkte Bundessteuer, wo sich der Ausgleich der kalten Progression und die Steuerabzüge für die berufliche Vorsorge auswirken werden, wird der Bund nicht darum herumkommen, den Gürtel enger zu schnallen und vermehrt Prioritäten zu setzen. Die vorhandenen beschränkten Mittel sind stärker auf die wichtigen und neuen Aufgaben zu konzentrieren. Auf der Einnahmenseite tut dagegen keine undifferenzierte Hamstermentalität not, sondern eine flexible Politik, die auch zu gezielten Steuererleichterungen (Beseitigung der Investitionsbesteuerung, Reform und Senkung der direkten Bundessteuer, Revision der Stempelabgaben) Hand bietet.

kreterisieren sein, doch ist das Abkommen von umfassenderer Bedeutung.

Es fügt sich nämlich in den schweizerischen Freihandelsvertrag mit der EG ein, dessen «Entwicklungsklausel» von Anfang an die Ausweitung der Zusammenarbeit über den blossen Warenhandel hinaus in Aussicht genommen hat. Das ist in einer Zeit, in der die offenen Aussenwirtschaften von «technologischem Protektionismus» bedroht bleiben, von nicht geringer Tragweite.



Grundbuchführung mittels EVD

Die Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Führung des Grundbuches mittels automatischer Datenverarbeitung wird von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) begrüsst. Wie die Partei in ihrer Vernehmlassungsantwort zum Entwurf festhält, wird das Grundbuch heute nach bürotechnisch veralteten Methoden geführt, weshalb sie eine rationellere Arbeitsweise begrüsst. Die FDP ist der Auffassung, dass aus rechtspolitischen Gründen eine gesetzliche Grundlage für die Führung des Grundbuches mittels EDV geschaffen werden soll. Sie will nur den Grundsatz verankern; die näheren, vorwiegend technischen Einzelheiten sollen auf Verordnungsstufe geregelt werden. Im weiteren plädiert sie dafür, dass die neuen Vorschriften in die bestehende Grundbuchverordnung einzubeziehen sind. Zudem verlangt die FDP die Sicherstellung der Daten gegenüber Dritten.

Für unbezahlten Jugendurlaub

Zustimmung findet der Entwurf für ein Bundesgesetz über die ausserschulische Jugendarbeit bei der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP). Diese begrüsst in ihrer Vernehmlassungsantwort den Vorschlag des Bundesrates auf Ein-

führung eines unbezahlten Jugendurlaubes. Die Partei lehnt einen gesetzlich verankerten bezahlten Jugendurlaub wie auch die Einsetzung eines Jugenddelegierten ab. Nachdem die gesetzliche Regelung der ausserschulischen Jugendarbeit seit Jahren pendent ist, verlangt die FDP deren rasche Realisierung.

Die Einführung eines unbezahlten Jugendurlaubes entspricht nach Ansicht der Partei den freisinnigen Zielsetzungen, wonach die Jugendlichen zur Eigenaktivität ermuntert werden sollen. Mit einer von der FDP vorgeschlagenen Beschränkung der Altersfrist auf 25 Jahre soll die Benachteiligung der Lehrlinge im Vergleich zu Studenten auf dem Gebiet der ausserschulischen Jugendarbeit korrigiert werden. Beantragt wird ferner, den Jugendurlaub nicht im Bundesgesetz über die ausserschulische Jugendarbeit zu regeln, sondern im Rahmen des Obligationenrechts. Einen bezahlten Jugendurlaub lehnt die Partei aus finanziellen Erwägungen sowie seinen negativen Auswirkungen auf die Ehrenamtlichkeit der ausserschulischen Jugendarbeit ab.

Die Verfassungsmässigkeit des Gesetzesentwurfes ist für die FDP gegeben. Daraus darf nach Ansicht der Partei jedoch kein Präjudiz für eine spätere Ausdehnung der Kulturkompetenz des Bundes auf weitere Gebiete geschaffen werden. Für die FDP ist entscheidend, dass die Förderungsmassnahmen des Bundes ausschliesslich Tätigkeiten und Vorhaben von gesamtschweizerischem Interesse zu gute kommen. Sie bringt deshalb in ihrer Vernehmlassungsantwort verschiedene einschränkende Anregungen an. Ebenso hält sie fest, dass der im Entwurf genannte Mindesteigenfinanzierungsgrad von 50 Prozent für die FDP das absolute Minimum darstellt.

Kampf dem Schwarzarbeiter-Unwesen

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) begrüsst die Ergänzung der Strafbestimmungen im Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung (Anag). Mit dieser Revision sollen die Strafen bei der Beschäftigung von Ausländern ohne Bewilligung verschärft werden. Wie die Partei in ihrer Vernehmlassungsantwort weiter festhält, betrachtet sich die Schwarzarbeit als «ernstzunehmendes Problem, das mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden muss». Zudem ist sie der Auffassung, dass die Beschäftigung von Ausländern ohne Bewilligung nicht länger als blosses Bagatelvergehen behandelt werden sollte. Aus rechtstaatlichen Gründen hält die FDP eine Rückwirkung des neuen Rechts auf alte Tatbestände, die noch nicht abgeurteilt sind, für unstatthaft und fordert deshalb, dass die entsprechenden Bestimmungen im Revisionsentwurf gestrichen werden.

FDP-Fraktion verabschiedet finanz- und steuerpolitische Standortbestimmung

Zu Finanzgesprächen bereit

Die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung ist bereit, zusammen mit den anderen Bundesratsparteien sowie dem Bundesrat Perspektiven einer künftigen Finanzpolitik zu diskutieren. Sie selbst hat unter dem Vorsitz ihres Präsidenten, Nationalrat Ulrich Bremi (Zürich), eine finanz- und steuerpolitische Standortbestimmung verabschiedet.

Danach ist der Bundeshaushalt mittelfristig auszugleichen, wobei dieses Ziel im Rahmen der bestehenden Fiskalbelastung erreicht werden muss. In ihrer Standortbestimmung, die sie noch vertiefen will, bekräftigt und verdeutlicht die Fraktion ihre bisher eingenommene Haltung.

Neues Sparprogramm gefordert

Die freisinnige Fraktion verlangt eine klarere Prioritätensetzung in der Ausgabenpolitik zugunsten der zentralen Bundesaufgaben sowie eine Verflachung des sich abzeichnenden Wachstums der Gesamtausgaben. Sie fordert vom Bundesrat die Vorlage eines Sparprogrammes, in welchem auch Bereiche erfasst werden, die bisher verschont blieben. Bei den Militärausgaben sind die Sparanstrengungen im administrativen Bereich fortzuführen, wobei die Einsparungen zugunsten des Rüstungsbedarfs einzusetzen sind. Anbegehrt wird eine Eliminierung oder Milderung der bestehenden Strukturdefizite bei den direkten und indirekten Bundessteuern. Die bei den direkten Steuern entstehenden Einnahmeherausfälle wird der Bund, wie die Vergangenheit gezeigt hat, durch real steigende Steuereinnahmen kompensieren. Bei den indirekten Bundessteuern müssen Kompensationen – soweit notwendig – im System dieser Steuern gefunden werden.

Verursacherprinzip und Lenkungsabgaben

Zur Entlastung des Bundeshaushaltes befürwortet die freisinnige Fraktion eine konsequentere Anwendung des Verursacherprin-

zipes, insbesondere auch im Umweltbereich. Ferner regt sie an, die Erhebung von Lenkungsabgaben zu prüfen. Mit der Realisierung der dem Bundesrat überwiesenen Motion über «institutionelle Ausgabenbremsen» dürften die Voraussetzungen dafür verbessert werden, dass das Parlament künftig bei Ausgabenbeschlüssen nicht mehr wie bis anhin laufend über die Anträge der Landesregierung hinausgeht. Zusätzlich erwartet die Fraktion, dass immer wieder darauf hingewirkt wird, starre Indexautomatismen – beispielsweise in der Subventionspolitik – zu lockern. Einer Überprüfung zu unterzie-

hen ist die eidgenössische Versicherungskasse, die sich zu einem finanzpolitischen Problem ausweitete. Erhöhungen bei Fiskal- und Lenkungsabgaben sowie weiteren indirekten Steuern dürfen nicht indexwirksam sein.

Ideenloser Bundesrat?

Über die Bundesrats- sowie Von-Wattenwyl-Gespräche orientierte Parteipräsident Nationalrat Dr. Bruno Hunziker (Aargau). Die Fraktion nahm von den Diskussionsgrundlagen der Landesregierung mit grossen Vorbehalten Kenntnis. In der Aussprache wurde das bundesrätliche Papier als zu wenig ausgereift und zu wenig dokumentiert bezeichnet. Bemängelt wurde zudem, dass darin keine Alternativen aufgezeigt werden. Die Fraktion erwartet, dass der Bundesrat mehrere Varianten zur Sanierung des Bundeshaushaltes vorlegt, die verschiedenen überwiesenen parlamentarischen finanzpolitischen Vorstösse respektiert und den Räten entsprechende Anträge unterbreitet. – Bereits an einer früheren Sitzung sprach sich die Fraktion gegen die der Sommersession von beiden Räten zu behandelnde Erhöhung der Heizöl- und Gaszölle aus.

Einseitige Optik in der bundesrätlichen Finanzpolitik

Keine Steuern auf Vorrat

Kritisch mit der gegenwärtigen Finanzpolitik des Bundesrates setzt sich FDP-Ständerat Dr. Hans Letsch auseinander. Der Aargauer Standesherr, einer der tiefsten Kenner der Strukturen des Bundeshaushaltes, der schon verschiedentlich als Mahner an- und aufgetreten war, warnt vor einem weiteren Drehen an der Steuerschraube. Er fordert eine Verstärkung der Ausgabendisziplin, nicht aber schon wieder neue Steuern.

Der Bundesrat begründet seinen Finanzcoup vom 26. Februar 1986, insbesondere also die Erhöhung des Heizöl- und Gaszolls, vorab mit finanzpolitischen Erwägungen. Er behauptete, auf zusätzliche Einnahmen angewiesen zu sein, um den mittelfristigen Rechnungsausgleich zu erzielen. Diese Optik ist unverständlich und unbegründet. Seit Jahren wachsen die Fiskaleinnahmen des Bundes stärker als die Teuerung und das Bruttoinlandsprodukt. Immer wieder haben Parlament und Volk dem Bund Mehreinnahmen zugestanden.



Unter dem wachsenden Steuerdruck leiden die Steuermoral, der wirtschaftliche Leistungswille und die Risikobereitschaft. Die Schweiz hat steuerliche Wettbewerbsvorteile gegenüber dem Ausland eingebüsst. Heute wird das Schwergewicht der Begründung darauf gelegt, es gelte, Ertragsausfälle als Folge von Steuererleichterungen rechtzeitig zu kompensieren. Demgegenüber stehen Zeitpunkt, Art und Ausmass solcher Erleichterungen noch gar nicht fest. Auch positive Auswirkungen der geforderten Korrekturen (beispielsweise bei der Warenumsatzsteuer, der direkten Bundessteuer und den Stempelabgaben) auf das Steuersubstrat bleiben unberücksichtigt. Steuern auf Vorrat bewirken zudem keine Verringerung der Defizite. Sie würden lediglich – wie es Bundesrat Stich einmal selber zugegeben hat – neue Begierlichkeiten wecken und die Sanierungsbestrebungen lähmen. Was heute not tut, ist verstärkte Ausgabendisziplin zwecks Verflachung des gemäss Finanzplan sich abzeichnenden Ausgabewachstums, nicht aber schon wieder neue Steuern.

Vorbehalte auch gegenüber indirekten Steuern

Die vom Bundesrat beschlossene Zollerhöhung kann auch nicht damit gerechtfertigt werden, es

Wirtschafts- und umweltspezifische Problematik

Eine vom Markt geprägte Preisentwicklung, im vorliegenden

Auskünfte geben, harmonisieren und koordinieren

FDP-Vorstösse zu «Tschernobyl»

Der Bundesrat soll Auskunft geben über die Ereignisse in und die Konsequenzen aus Tschernobyl. Im weiteren soll er sich dafür einsetzen, dass international ein effizientes Kontroll- und Informationssystem für kerntechnische Anlagen geschaffen wird, die Sicherheitsstandards sowie die zulässigen Grenzwerte für radioaktive Strahlungen harmonisiert und die Abwehrmassnahmen im Unglücksfall grenzüberschreitend koordiniert werden. Eine Kommission international anerkannter Fachleute soll vom Bundesrat mit der Analyse von Tschernobyl und mit der Erarbeitung von Empfehlungen beauftragt werden. Dies fordert die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung in einem Fraktionspostulat und einer dringlichen Fraktionsinterpellation (Sprecher: Nationalrat Kaspar Villiger, LU). Gleichlautende Vorstösse werden in der kleinen Kammer von Ständerat Dr. Othmar Andermatt (ZG) eingereicht.

Nach Ansicht der freisinnigen Fraktion, die unter dem Vorsitz von Nationalrat Ulrich Bremi (ZH) tagte, ist Tschernobyl ein Fanal, das Anlass zum Nachdenken und zu Besorgnis gibt. Ursache und Auswirkungen dieses Ereignisses sind ernsthaft zu prüfen und die entsprechenden Konsequenzen für die Energienutzung zu ziehen, zumal in Ermangelung ausreichender Alternativen die Schweiz heute noch nicht auf die Kernenergie verzichten kann. Ein schweizerischer Alleingang beim «Ausstieg» aus der Kernenergie wäre angesichts der Tatsache, dass unser Land von einer Reihe von Kernkraftwerken umgeben ist, sehr problematisch und hätte ernste Auswirkungen auf unsere Energieversorgung. Mit Blick auf die Umweltbelastung, insbesondere die CO₂-Belastung, darf nicht auf fossile Brennstoffe ausgewichen werden.

Auf Grund der Ereignisse von Tschernobyl kann nach Meinung der freisinnigen Fraktion die schweizerische Energiepolitik nicht auf die Anklagebank gesetzt werden. Die von der Fraktion schon längst erhobenen Postulate «Sparen, Forschen, Substituieren» erhalten im heutigen Zeitpunkt eine erhöhte Bedeutung. Die Fraktion wendet sich mit aller Deutlichkeit gegen die Desinformationskampagne, wie sie von einem Teil der Kernkraftwerkgegner sowie einzelnen Medien betrieben wird. «Tschernobyl» kann nach Ansicht der freisinnigen Fraktion nicht Anlass dazu sein, auf die Errungenschaften der modernen Technologie zu verzichten. Denn die Sicherung von Arbeitsplätzen sowie die Aufrechterhaltung des Lebensstandards sind ohne Fortschritt nicht möglich. Dieser sollte jedoch vermehrt mit Bedacht genutzt und neue Sicherheitserkenntnisse sollten ständig berücksichtigt werden.

Fall ein tendenziell sinkender Preis, sollte nicht durch eine Steuererhöhung wieder rückgängig gemacht werden. Bei steigenden Heizölpreisen ist ja auch kein Steuerabbau vorgesehen. Die jetzt erhoffte Verbrauchsminderung gibt der Zollerhöhung zudem den Charakter einer Lenkungsabgabe, wofür die Rechtsgrundlage fehlt. Solange sie in den Lebenskostenindex eingeht, verfehlt sie – wie bereits angedeutet – im privaten Bereich zudem ihr Ziel. Umgekehrt müssen gewerbliche und industrielle Betriebe die genannte Doppelbelastung auch deshalb als Ohrfeige empfinden, weil sie sich seit Jahren stets umweltgerechter verhalten und sich entsprechende Massnahmen viel kosten lassen.

Schliesslich liegen jene bundesratstreuen Meinungsmacher schieb, die das Parlament daran erinnern, es habe in der Walddebatte eine solche Abgabe gefordert. Abgesehen davon, dass der Vorstoss nicht als Motion, sondern lediglich als Postulat überwiesen worden ist, fehlt bei der heutigen Vorlage die damals gewünschte Zweckbindung. Das verwundert an sich nicht, denn gemäss Artikel 30 der Bundesverfassung fliessen Zollerträge in die allgemeine Bundeskasse. Sie dürfen also nicht für bestimmte Zwecke reserviert werden. Damit verpuffen sie aber in einem Fass ohne Boden. Diese Gefahr ist um so grösser, als die vom Bundesrat zur Begründung des Mitteleinsatzes herangezogenen Fördermassnahmen im Bereich des öffentlichen Verkehrs vorläufig noch gar nicht beschlossen und teilweise (wie etwa die Tarifverbilligung) nicht unbestritten sind.

Alternative der FDP liegt vor

Zusammenfassend wäre es angesichts der grundsätzlichen Problematik verfehlt, jetzt über das Mass der vom Bundesrat beschlossenen Zollerhöhung zu markten. Nur eine klare Absage, d. h. Nichteintreten auf die Vorlage des Bundesrates, vermag den Weg freizumachen, um die kürzlich auch von der freisinnigen Fraktion gesetzten Ziele zu erreichen, insbesondere

● mittelfristiger Rechnungsausgleich ohne Verschärfung der

gesamten Fiskalbelastung; deshalb

● klare Prioritäten in der Ausgabenpolitik zugunsten der zentralen Bundesaufgaben und Verflachung des sich abzeichnenden Wachstums der Gesamtausgaben;

● gezielte Steuererleichterungen bei der Warenumsatzsteuer, der direkten Bundessteuer und den Stempelabgaben sowie als Folge davon und soweit nötig

● Ausschöpfung von Reserven im Bereich der Verbrauchsabgaben.

Diese Ziele sollten wir beharrlich weiterverfolgen, ohne uns durch Drohungen des Finanzministers verunsichern zu lassen, man werde bei Ablehnung der Zollerhöhungen überlegen müssen, ob der Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer zu streichen sei oder ob bei der Landesverteidigung Abstriche gemacht werden müssten. Trotzreaktionen stehen einem Mitglied der Landesregierung schlecht an.

SBG – für uns schon lange die erste Bank.



Voranzeige für ein SVFF-Seminar

Frau und Arbeitswelt: Wandel und Konstanten

26./27. September 1986; Freitag, 16.00 Uhr bis Samstag, 15.00 Uhr, Hotel Bellevue, Magglingen.

Diese Tagung setzt sich zum Ziel, das Wissen um die gesellschaftspolitischen Auswirkungen des Wandels in der Arbeitswelt zu vertiefen und deren Einflüsse auf die heutige und zukünftige Stellung der Frau zu überprüfen. Die Tagung richtet sich an politisch interessierte und aktive Frauen.

Das Seminar-Programm und der Anmeldetalon werden im «Freisinn» vom Juli/August 1986 publiziert.

Schweizerische Vereinigung der freisinnig-demokratischen Frauen
Kommission politische Ausbildung

Fortsetzung von Seite 1

aber auch unser Verhalten intern. Letzterem Punkt messe ich als schweizerischer Parteipräsident in der heutigen Situation besondere Bedeutung bei. Die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, dass wir Freisinnigen nur dann Erfolg haben können, wenn wir intern geschlossen sind. Für mich heisst das nicht Strammstehen, sondern starke Auftritte nach innen und aussen durch gemeinsam gewonnene Überzeugung. Als liberale Partei haben wir Flügel. Und ich bin froh darüber. Denn nur in der gemeinsamen Diskussion können wir uns auf eine Linie finden. Deshalb bin ich auch froh darüber, dass wir – im Gegensatz zu anderen Parteien – über einen grossen, stabilen Rumpf verfügen, der uns, auch wenn uns der Wind unfreundlich ins Gesicht bläst, nicht von unserem liberalen Kurs abbringt.

Unverkennbar ist beim Bürger das Verlangen nach Geborgenheit.

Tatsächlich. Das Bedürfnis nach Geborgenheit, in vertrauten

und angestammten Werten leben zu können, gleichzeitig die Angst gegenüber Fremdem und Neuem dürften nicht nur ein unbewusster, sondern in wesentlichen Teilen ein bewusster Grund für manche Abwehrreflexe gewesen sein, die in der letzten Zeit spürbar wurden.

Wie reagiert die Partei auf diese Entwicklung?

Als liberale Partei rufen wir nicht nach einem neuen Konservatismus oder gar nach einem Zurück in vermeintlich paradiesische Zustände. Denn die Vergangenheit war nicht immer so paradiesisch, wie sie heute oft geschildert wird. Aber deutlich geworden ist, dass beim Bürger das Verlangen nach den «grossen Würfeln» nicht mehr vorhanden ist. Dies ist beispielsweise auch an der Delegiertenversammlung unserer Partei in Montreux in der Aussprache über die Totalrevision der Bundesverfassung zum Ausdruck gekommen. Ein weiteres Indiz für diese Haltung ist das unmissverständliche Nein zu ei-

nem Uno-Beitritt. Meines Erachtens zeigt sich immer deutlicher, dass der Bürger heute überschaubare, konkrete Vorlagen zur Bewältigung der hängigen Fragen erwartet. Dazu zähle ich, um zwei Beispiele zu nennen, die Umwelt- und die Asylpolitik. Unsere Partei wird sich in Anbetracht dieser Entwicklung vermehrt auf die Tagesfragen ausrichten müssen, ohne die längerfristigen Perspektiven aus dem Auge zu lassen.

Ist Negatives heute mehr gefragt denn positive Werte?

Wenn auf der einen Seite von Krise gesprochen wird, ist andererseits nicht zu übersehen, dass die materielle Lage der Bevölkerung noch selten so gut war wie heute. Wir kennen in unserem Lande praktisch keine Arbeitslosigkeit. Ebenso praktisch keine Inflation. Mit dem allgemeinen Wohlstand stehen wir in der internationalen Spitzengruppe. Aber all diese positiven Werte haben heute Mühe, sich gegen Apokalypsen von grüner Seite und Überfremdungssängste von rechts zu behaupten.

Im Aufwind sind heute eher die kleineren Gruppierungen, während die etablierten Parteien sich in einem Wellental befinden.

Dies trifft tatsächlich zu. Allerdings möchte ich vor Übertreibungen warnen. Wellenbewegungen hat es schon immer gegeben. Hochs und Tiefs haben sich bei den grossen Parteien immer wieder abgewechselt. Mehr zu Besorgnis Anlass gibt mir die Tatsache, dass der einzelne Bürger nur noch eine Politik der Partikularinteressen verfolgt, je nach seiner persönlichen Betroffenheit. Sei dies nun die Überfremdung, die Umweltproblematik, das Konsumdenken, das sich nur noch nach dem Warenkorb orientiert.

Ist die nachlassende Parteienidentifikation nicht auch Ausdruck einer verstärkten Individualität?

Zweifellos haben die veränderten sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen den Trend zur Individualität verstärkt. Mehr Wohlstand hat auch mehr Freiheit und



Freizügigkeit gebracht und damit eine Abwendung von traditionellen Kräften und Werten, zu denen auch die Parteien gehören.

Sind die Parteien also überholt?

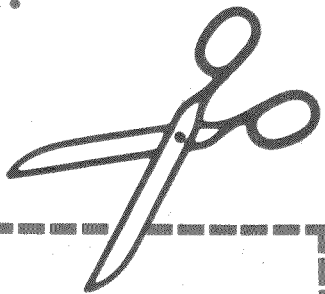
Das ist für mich eine rhetorische Frage. Doch gebe ich zu, dass die Parteien von vielen Seiten bedrängt werden. Nicht nur vom erwähnten Trend zu mehr Individualität, den neuen Bewegungen, den Interessenverbänden und – nicht zu vergessen – einer veränderten Medienlandschaft. Dennoch ist mir um die Zukunft der Parteien (noch) nicht bange. Allerdings werden diese sich Überlegungen darüber machen müssen, wie sie den Herausforderungen der Zukunft besser begegnen wollen. Was heisst das für den Freisinn?

Wir werden vermehrt versuchen müssen, unsere Politik, unsere Haltung dem Bürger ver-

ständiglich zu machen. Das bedingt aber auch, dass wir mehr interne Geschlossenheit zeigen, dass wir nicht persöhnliche Steckenpferde reiten, dass wir – und dies gilt im besonderen für die Kantonalparteien und unsere Fraktion der Bundesversammlung – mehr Selbstdisziplin haben. Wir Freisinnigen sind in letzter Zeit in verschiedenen Bereichen und auf verschiedenen Stufen für meinen Geschmack etwas zu sehr «ausgefranst», wobei jeweils – worauf ich Wert lege – weniger politische Gründe massgebend waren, was wir als liberale Partei vertragen können und müssen, denn persönliche. Darüber hinaus haben wir uns mit der Tatsache auseinanderzusetzen, dass bei den Wählern eine Umschichtung stattgefunden hat: Der Wähler von gestern ist nicht mehr derjenige von heute. Auch hier werden wir nach Lösungen Ausschau halten müssen.

Haben Sie ihn schon?

Den Jahresbericht der FDP der Schweiz. Wenn nicht, können Sie ihn mit diesem Talon bestellen. Gratis.



Senden Sie mit bitte den Jahresbericht der FDP der Schweiz. Gratis.

Name/Vorname

Adresse

PLZ/Wohnort

Einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern.

Wer trinkt, wird alt – wer säuft, stirbt bald

Deutsches Sprichwort

Wer den Wein, dieses köstliche Naturgeschenk, im Übermass zu sich nimmt, der weiss ihn nicht richtig zu schätzen. Der echte Weinfreund aber erkennt, dass sich ihm dieses edle Getränk im bedächtigen, massvollen Genuss voll offenbart. Ihm ist aber auch jede Flasche schon lieb, lange bevor er sie entkorkt: wenn er sie sorgfältig auswählt und liebevoll in seinem Keller bettet.

Für jeden Weinfreund sind wir gerne tätig. Ihm gehört unsere Generation langer Erfahrung (unser Haus ist seit über 200 Jahren dem Wein verbunden).

Rufen Sie uns an Tel. (043) 21 20 81), oder schicken Sie uns eine Postkarte. Sie erhalten von uns dann umgehend völlig unverbindlich unser «Wi-Büchli» – eine köstliche Lektüre für jeden Weinfreund.

St.-Jakobs-Kellerei
Schuler & Cie. AG
Schwyz und Luzern
Franzosenstrasse
6423 Seewen Schwyz



SCHULER-WEINE
St JAKOBSKELLEREI
SCHULER + CIE AG SCHWYZ + LUZERN

Beratung, Kauf und Verkauf.

Wir befassen uns täglich mit dem Kauf und Verkauf von Liegenschaften. Wir sind somit ständig im und am

Markt, was uns in die Lage versetzt, für unsere Auftraggeber sicher und schnell zu handeln.

Wir beraten Sie fachgerecht: Mit uns reden lohnt sich

Spaltenstein
LIEGENSCHAFTEN

SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
Siewerdstrasse 8, 8050 Zürich,
Telefon 01/316 13 33

FEDERN

in jeder Grösse für jede Verwendung

BAUMANN + CIE AG
Federnfabrik
CH - 8630 Rüttli
Tel. 055/84 11 11

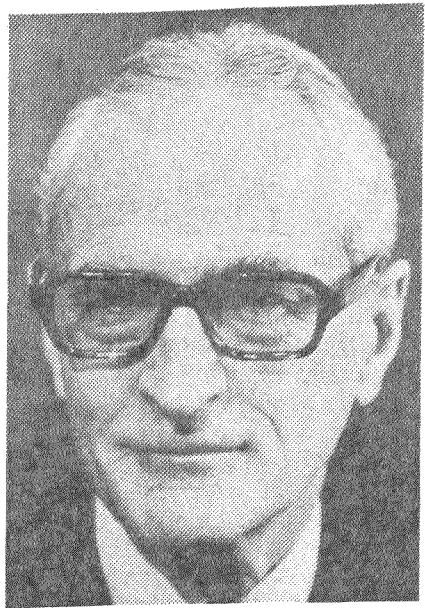
BAUMANN

Aus der Sicht eines engagierten Parteimitgliedes

Sieben Thesen zur Lage der FDP

Mit «Blick von etwas weiter unten» betitelt Dr. Oswald Aeppli (Küsnacht) seine folgenden sieben Thesen zur Situation der FDP. Der frühere Generaldirektor und Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Kreditanstalt (SKA) hat seine Stellungnahme «als konstruktiven Beitrag eines engagierten Parteimitgliedes, das nicht der Parteihierarchie angehört», bezeichnet, das sich «einige Sorgen um die gegenwärtige Lage der Partei macht».

Zurzeit hält sich der Optimismus in den Reihen der FDP in Grenzen. Mehrere unbefriedigende Wahlergebnisse, eidgenössische und kantonale Parlamentarier bemühen sich, die Lage zu analysieren und Strategien für eine Trendwende zu entwickeln. Das ist nötig und verdientlich. Vielleicht dient es indessen der Sache, wenn sich auch eine Stimme ausserhalb der Parteihierarchie zum Wort meldet. Es soll dies in der Form von sieben Thesen geschehen.



mern, vielleicht auch einmal durch eine schriftliche Probeabstimmung unter den Parteimitgliedern zu einer Tagesfrage. Es hätte uns dies in der jüngsten Vergangenheit einige Überraschungen erspart.

Gegen politische Leerläufe

3. Die Kräfte der Partei sind da einzusetzen, wo ein Erfolg möglich ist. Bei politischen Leerläufen sollten wir nicht mitmachen. Zum vornherein hoffnungslose Projekte, so anspruchsvoll und interessant sie auch sein mögen, gehören nicht zu unseren Anliegen.

Ist es wirklich sinnvoll, zu versuchen, unsere Partei ins Lager der Befürworter einer Totalrevision der Bundesverfassung hinüberzuziehen? Eine solche Revision kann doch ganz offensichtlich keine materiellen Lösungen, schon gar nicht freisinnige Lösungen zustandebringen. Eine bloss formale Straffung und Bereinigung der Verfassung aber interessiert – ich darf dies sagen, denn auch ich bin einer – nur die Juristen. Würden wir uns hier enga-

gieren, wäre das Auseinanderklaffen von Parteimeinung und Basis und damit ein zweites Undebakel vorprogrammiert.

«Grüne» FDP-Politik besser verkaufen

4. Auch die freisinnige Partei hat Verständnis für die Umwelt. Leider wird uns das nicht recht geglaubt. Das hat zwei Gründe: Zum einen dürfen «grüne» Einzelpostulate nicht einfach darum abgelehnt werden, weil sie eben «grün» sind. Zum andern verkaufen wir unsere «grüne» Haltung schlecht.

Lenkungssteuern beispielsweise, die zu einem umweltgerechten Verhalten anspornen sollen, dürfen einer Partei, die doch den Preis als wirksamsten Regulator des Marktes anerkennt, so fremd nicht sein. Auch die durch solche Steuern bewirkte Verlagerung zu den indirekten Steuern müsste willkommen sein. Freilich müssten derartige Steuern zweckgebunden sein.

Unser unbedingtes Nein etwa zu den Preiszuschlägen auf Benzin und Heizöl stiesse bei der Parteibasis, abgesehen von der Auto-lobby, auf eine weniger eindeutige Zustimmung, wenn nur der Umweltaspekt dieser Vorlage deutlicher erkennbar wäre.

Tagesfragen vermehrt beobachten

5. Die Aktivität der Partei sollte sich zurzeit stark auf Tagesfragen ausrichten. Tagesfragen sind es, die den Entscheid zum Parteibeitritt, aber auch die Stimmabgabe der Sympathisanten bei den Wahlen beeinflussen.

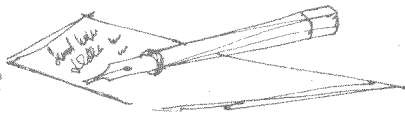
Das Parteivolk steht voll hinter den grossen strategischen Linien der Partei, dem «weniger Staat», der Sanierung der öffentlichen Finanzen über die Ausgabenseite, dem Kampf gegen die Regulierung aller Lebensbereiche, unserer Steuer- und Sozialpolitik. Es besteht deshalb keine Gefahr, durch Betonung von Tagesfragen zur «Monokulturpartei» herabzusinken.

Die Parteibasis registriert aber sehr genau, wenn in Einzelfragen, etwa bei Ausgabenentscheiden, der Tatbeweis für die Umsetzung dieser grossen Linien in konkrete Beschlüsse und Massnahmen nicht erbracht wird.

Beispiele für «Botschaften»

6. In der Publizität und Werbung müsste sich aus unserer Stellungnahme zu derartigen spezifischen

Leserbriefe



Unnötiges Rüstungsreferendum

Die Milliardenbeträge für neue Waffen und Ausrüstungsgegenstände für die Armee sind tatsächlich sogar für den armeefreundlichsten Bürger zuweilen mit Verdauungsbeschwerden verbunden. Und die mehrmaligen Pannen in der Rüstungsbeschaffung, bei denen jeweils zwei- und dreistellige Millionenbeträge sinn- und nutzlos verschwendet worden sind, haben natürlich die Stimmung im Volk nicht verbessert. Dazu kommt, dass angesichts der gigantischen Machtblöcke in Ost und West eine tiefgründige Furcht entstanden ist, die kleine Schweiz könne im Ernstfall doch nichts mehr tun. Wozu also noch Milliarden aufwenden für etwas, das ohnehin als verlorene Sache gelten muss?

So überraschend kam es also nicht, als die vereinigte Linke 1983 ein Volksbegehren für die Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben lancierte. Was übrigens enorme Mühe kostete. Die nur mit äusserster Anstrengung zusammengebrachten 111 126 Unterschriften bildeten damals schon ein Indiz, wie es deutlicher kaum hätte sein können. Dabei haben die Sozialdemokraten und ihre Partner eigentlich nur ein uraltes Postulat aufgewärmt. Denn schon 1956 war die Sache in den Räten zur Sprache gekommen und 1978 noch einmal, als die sozialdemokratische Fraktion damit eine unvergessliche Niederlage erlitt. Das konnte allerdings einen weitem Vorstoss des Poch-Nationalrates Herzog nicht verhindern. Er endete ebenfalls mit einer Schlappe. Offenbar hält man es mit dem Sprichwort und meint, der stete Tropfen höhle den Stein früher oder später doch noch.

Nun widerstand der Stein auch diesmal dem steten Tropfen, und die vereinigte Linke erntete lediglich eine einstimmige Ablehnung des Bundesrates. Es bedarf denn auch kaum mehr eines besonders scharfsinnigen Kopfes, um zu erkennen, dass die SP und ihre Freunde bei ihren Angriffen auf die Armee und damit letzten Endes die ganze Landesverteidigung offensichtlich nur eine winzige, wenn auch echt verschworene Minderheit hinter sich haben. Als Regierungspartei,

die die Sozialdemokraten nun einmal sind, ist ihre Initiative recht hübsch hinter Worten wie «Mitsprache des Volkes» versteckt. Sie meinen aber offensichtlich damit das gleiche wie jene, welche ganz ungeschminkt von der Abschaffung der Armee reden.

Das sogenannte Rüstungsreferendum ist doch aus der Nähe betrachtet kaum etwas anderes als ein Mittel, die Beschaffung moderner Waffensysteme und Ausrüstungsgegenstände ein für allemal mit solchen Hindernissen zu belegen, dass letztlich überhaupt nichts mehr zustande kommt. Nun verlangt der Ankauf neuer Waffen immer mehr Sachverständnis. Soviel, dass sogar die Mitglieder der Militärkommission auf den Rat eigentlicher Spezialisten angewiesen sind. Wie soll denn erst der einfache Bürger über Effizienz, praktische Brauchbarkeit und Preiswürdigkeit dieser hochtechnisierten Systeme entscheiden? Und wie ist es mit der Geheimhaltung, die nun einmal bei unzähligen Dingen rund um die Landesverteidigung lebenswichtig ist? Schon aus diesem Grunde könnte man den Bürger nur höchst lückenhaft und deswegen wohl oft recht missverständlich informieren. Es sei denn, die Initianten wollten den Stimmbürger in corpore auf die Geheimhaltung verpflichten!

Sonderbar, da gibt es doch mindestens drei Budgetposten im Bundeshaushalt, die fast ebensoviel oder noch mehr Geld verschlingen. Wenn schon, weshalb denn nicht gleich ein Referendum für die gesamten Bundesausgaben? Warum geht man nur auf die Landesverteidigung los? Wobei man freilich der Gerechtigkeit wegen auch sagen muss, dass nirgends so viele Pannen passierten wie dort, wenn es um die Beschaffungskredite des EMD ging. Um solche zu vermeiden, bedarf es trotzdem keines Rüstungsreferendums. Dazu genügt das gründliche Ausmisten jener Büros im EMD, wo offenbar immer noch Leute sitzen, die nicht dorthin gehören. Und schliesslich muss die Position des Parlamentes endlich wieder so gestärkt werden, dass ihm eine rückhaltslose Kontrolle der Verwaltung wieder jederzeit möglich ist. Dann dürften die Beschaffungspleiten von selbst aufhören.

Albert Stadelmann, Weinfelden

Tagesfragen unter anderem etwa folgendes Parteiimage herauskristallisieren:

– Wir sind die Partei einer vernünftigen Verkehrsberuhigung.

– Wir sind die Partei einer Förderung des öffentlichen Verkehrs durch eine Verbesserung von Angebot und Attraktivität.

– Wir sind die Partei der konsequenten Fernhaltung von reinen Wirtschaftsflüchtlingen.

– Wir sind die Partei, die Ineffizienz und bürokratischen Leerlauf in der Verwaltung bekämpft.

Warum als Werbeidee nicht einmal auf der unteren Parteebene ein Wettbewerb über Sparmöglichkeiten in der öffentlichen Verwaltung im kleinen? Vermut-

lich kämen Dutzende von realisierbaren Vorschlägen ans Tageslicht.

Parteiloyalität achten

7. Voraussetzung für die Berufung in die lokalen Parteivorstände müssen, neben einem auf irgendeinem Gebiet erbrachten Leistungsausweis, der Wille und die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit sein. Bürgerliche Allianzen dürfen nicht an unserer Partei scheitern.

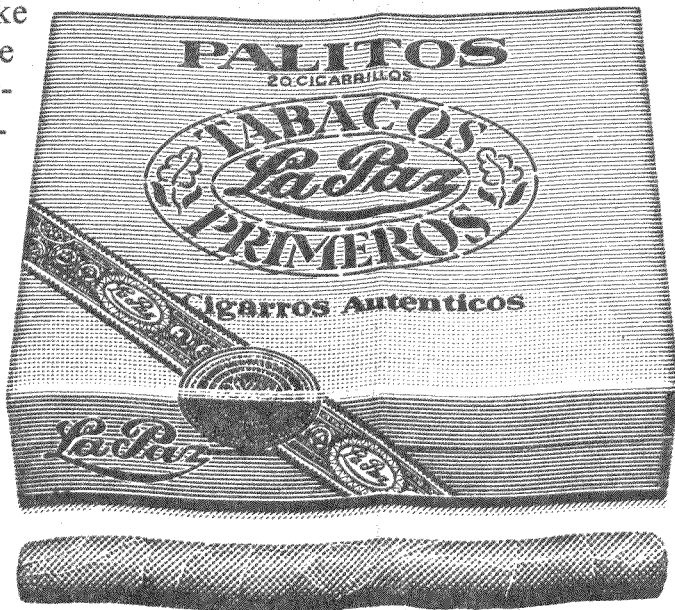
Wir sollten uns von Parteimitgliedern trennen, die das Minimum an Parteiloyalität missachten. Wer Abschluslisten mit freisinnigen Parlamentariern veröffentlicht, hat in unserer Partei keinen Platz.

Einfach gut.

Cigarillos, die aufrichtig ihr natürliches Äusseres zeigen, gibt's von La Paz. Aus naturreinen Qualitätstabaken mit dem Charakter der typischen Mélange der La Paz-Cigarren. Mild und aromatisch vom ersten bis zum letzten Zug. Lebendige Naturprodukte eben. So, wie das Siegel zeigt.

Es ist eine Kunst, gute Tabake zu erkennen und daraus gehaltvolle Cigarillos zu machen. Es ist ein Vergnügen, solche Cigarillos zu geniessen. Es ist schön, dass es Cigarillos von La Paz gibt.

Cigarillos Palitos für jede Tageszeit und für alle, die das Einfache und Ehrliche mögen.



Cigarros Autenticos.

20 Stück Fr. 6.–

Importeur: Säuberli AG, 4002 Basel

Boden als politisches Dauerthema

Umstrittenes Vorgehen zur Sicherung der Fruchtfolgeflächen

Unser Boden ist und bleibt ein politisches Dauerthema. Die öffentliche Meinung reagiert sensibel auf den Verlust an Kulturland. Um es möglichst augenfällig zu machen, wird der Kulturlandverlust oft pro Zeiteinheit angegeben: Ein Quadratmeter pro Sekunde. Ob diese Grössenordnung stimmt, weiss niemand; genaue Zahlen liegen nicht vor. Trotzdem werden sie immer wieder in ihrer Absolutheit verwendet, um Forderungen begründen zu können. Darauf geht Walter Bossard, Gemeindepräsident (FDP) von Horgen, in seinem Diskussionsbeitrag ein:

Der Bundesrat erklärte in seinen Regierungsrichtlinien Anfang 1984 und im sechsten Landwirtschaftsbericht, Massnahmen zum Schutze bedrängter Landwirtschaftsflächen zu ergreifen und insbesondere die Fruchtfolgeflächen (ackerfähiges Land) mit Instrumenten der Raumplanung sichern zu wollen. Es sollten nur solche Massnahmen getroffen werden, die auf dem Verordnungswege verwirklicht werden könnten. Die bildete auch die Ausgangslage für die Revision der Verordnung über die Raumplanung, die aber im Rahmen eines im Herbst 1985 durchgeführten Vernehmlassungsverfahrens auf breiten Widerstand stiess. Seit dem 1. Mai 1986 ist nun die revidierte Raumplanungsverordnung in Kraft, die gegenüber dem ersten Entwurf in einzelnen wesentlichen Punkten abweicht.

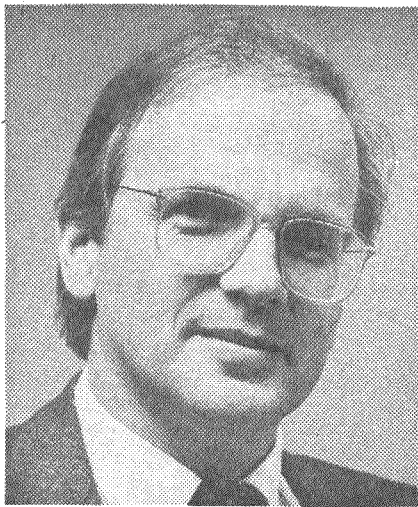
Föderalistische Verordnung?

Am augenfälligsten ist gegenüber dem ersten Entwurf der Verzicht, im Anhang zur Verordnung die Fruchtfolgeflächen auf mindestens 450 000 Hektaren festzuschreiben und die kantonalen Anteile zu dekretieren. Statt des Bundesdikates soll nun, wenigstens vordergründig, föderalistisch vorgegangen werden. Die Kantone haben im Zuge der Richtplanung die Fruchtfolgeflächen bis Ende 1987 festzustellen. Zum Teil ist dies bereits geschehen. Der Bundesrat setzt nachher, nach Anhören der Kantone, den Mindestumfang und deren Aufteilung auf die Kantone fest. Was geschieht, wenn nach Anhören der Kantone die 450 000 Hektaren nicht zustande kommen? Nach Meinung des Bundesamtes für Raumplanung soll auch dann an dieser «Mindestfläche» festgehalten werden. Mit anderen Worten wird in diesem Fall der Bund, allenfalls gegen den Willen einzelner Kantone, fehlende Fruchtfolgeflächen festlegen.

Mindestfläche von 450 000 Hektaren ist umstritten

Gerade der Umfang der zu sichernden Fruchtfolgeflächen ist aber umstritten. Obwohl eine genaue Zahl in der Verordnung fehlt – die Festlegung erfolgt auf Departementsstufe und wird im Bundesblatt veröffentlicht –, muss von der bekannten Grössenordnung ausgegangen werden, die auf dem Ernährungsplan 1980 basiert. Die aktuelle Situation im Agrarsektor ist aber in verschiedenen Bereichen von Überproduktion geprägt. Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft müssten somit auch bei der Festlegung und allenfalls späteren Überprüfung dieser zu sichernden Mindestflächen Eingang in die Überlegungen finden. Dies ist aber nicht ausdrücklich garantiert.

Zu eng mutet auch die Vorschrift an, Fruchtfolgeflächen seien der Landwirtschaftszone zuzuteilen. Sollten nicht etwa auch Sportplätze in Zeiten gestörter Versorgung als Ackerflächen genutzt und somit in diese Berechnung miteinbezogen werden können?



nen? Die zu enge Umschreibung steht dieser Überlegung aber entgegen.

Zeitpunkt unglücklich gewählt

Die Raumplanungsverordnung hat bei den Kantonen und den Gemeinden zum Teil negative Reaktionen ausgelöst. Nicht die Notwendigkeit der Sicherung der Ackerflächen wird angezweifelt. Kritisiert wird das Vorgehen, insbesondere in zeitlicher Hinsicht. Die Planung läuft auf kantonaler und kommunaler Stufe und müsste diesbezüglich allenfalls bereits wieder revidiert werden. Der Bund hätte sich besser zuerst einen Überblick über den Ist-Zustand bezüglich Fruchtfolgeflächen verschafft. Erst auf Grund dieser Daten und in Kenntnis der bestehenden kantonalen Anteile hätte das weitere Vorgehen bestimmt werden sollen. Statt dessen wurde die Situation unnötig dramatisiert.

Unbestritten bleibt die Aufgabe des Bundes, Kulturland zu schützen und Fruchtfolgeflächen zu sichern. Der eingeschlagene

Stichworte zum 28. September

Zucker – Kultur – Lehrwerkstätten

Kaum Überraschungen hat der – aus unverständlichen Gründen lange hinausgezögerte – Entscheidung des Bundesrates bezüglich der Abstimmungsvorlagen vom 28. September ausgelöst: Die Änderung des Zuckerbeschlusses vom 21. Juni 1985, die Kulturinitiative und der Gegenvorschlag sowie die Lehrwerkstätteninitiative der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP).

Beim Zuckerbeschluss geht es darum, ob die schweizerische Zuckerrübenproduktion von bisher 850 000 auf eine Million Tonnen pro Jahr gesteigert, die Zuckerrechnung des Bundes entlastet und der Zuckerkonsument stärker zur Kasse gebeten werden soll. Umstritten ist, ob dieser Mehraufbau auf der andern Seite auch eine Entlastung bei den Überschussprodukten Milch und Fleisch bringen wird.

Die Gespräche dürften in eine allgemeine Agrardiskussion ausufern, in der bekanntermassen auch Experten keinen Konsens finden und der Stimmbürger sich wohl kaum zurechtfinden dürfte.

Vier Medienthemen – als Auswahl

An der diesjährigen Generalversammlung des Schweizerischen Freisinnig-Demokratischen Presseverbandes nahm dessen Präsident, Dr. Rudolf Gerber, Chefredaktor «Der Landbote» (Winterthur), auch zu medienpolitischen Fragen Stellung. Nachstehend ein Auszug aus seinen Ausführungen, in welchen er vier völlig verschiedene Medienthemen herausgriff:

Das Scheitern des neuen Verfassungsartikels 55bis über die Presseförderung im Nationalrat entbindet den Bund vorderhand davon, die Sorgpflicht für einen Bereich zu übernehmen, der sich bisher in kaum eingeschränkter Freiheit verantwortungsbewusst entwickeln konnte.

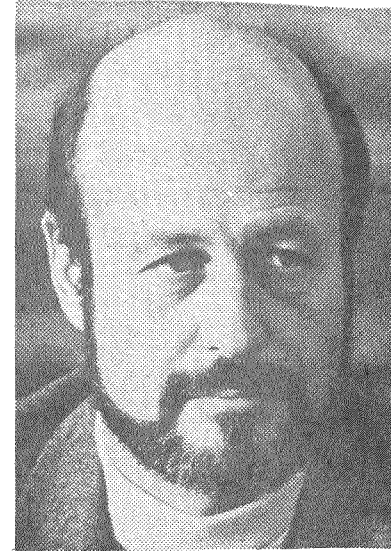
Die Volksabstimmung über den von den meisten Zeitungen, von Radios und Fernsehen unterstützten Uno-Beitritt offenbarte die Grenzen der Meinungsbildung durch die Medien.

Dass die Lokalradios sich durchschnittlich ein Stück von 2 Prozent des Werbekuchens zu sichern vermochten, wirkte vor allem für die auf ihre Wirtschaftlichkeit achtenden Zeitungen beruhigend.

Betroffenheit löste schliesslich der Fall Tschanun nicht nur in Zürich aus, sondern wegen seiner bisherigen Einzigartigkeit im ganzen Land.

Der Entscheid des Nationalrates, auf die Presseförderung, wie sie die Kommission Renschler vorschlug, nicht einzutreten, hat vor allem die Berufsverbände VSJ und SJU sowie die Linkspresse aufgebracht. Sie dauerten in erster Linie das Ausbleiben bundesrätlicher Kompetenzen, das Verhältnis zwischen Verlegern und Redaktoren in Grundsätzen zu ordnen. Aus unserer liberalen Sicht kann dafür nicht allzuviel Verständnis aufgebracht werden. Den Partnern des Kollektivvertrages 79/85 ist es doch gelungen, in freier und fairer Sozialpartnerschaft eben diese Grundsätze zu schaf-

fen und im dauernden Dialog weiterzuentwickeln. Unabdingbare Basis für das Funktionieren dieser Sozialpartnerschaft bleibt jedoch das gegenseitige



Vertrauen, das durch Forderungen allein nicht aufrechterhalten werden kann.

Dringender wäre auch aus unserer Sicht die gesetzliche Regelung des Redaktionsgeheimnisses, das uns gegen gerichtliche und andere Druckversuche von aussen widerstandsfähiger macht. Ob der Bund die berufliche Aus- und Weiterbildung fördern oder unterstützen soll, ist bald keine Frage mehr, denn die Antwort kommt auf jeden Fall zu spät. Wünschenswert wäre einzig der bessere Schutz des Berufes der Medientätigen mit seiner Anerkennung allenfalls durch das Biga.

Nicht die Ablehnung des Uno-Beitritts an sich, sondern das Ausmass der Nein-Stimmen hat die schweizerischen Medien mit Perplexität geschlagen. In ihrer grossen Mehrheit waren sie zusammen mit Bundesrat und Parlament während Monaten für den Beitritt eingestanden, hatten mit ausserordentlicher Sorgfalt – die sich von vielen Dialogen zwischen den Fronten wohlthuend abhob – und gründlicher Information zur Meinungsbildung beigetragen und mussten erkennen, wie wenig Früchte

ihre Arbeit trug. An diesem einen Fall die wirkliche Glaubwürdigkeit der Presse oder den Grad ihrer Macht abzulesen, wäre jedoch falsch. Dazu müsste auch das Objekt differenzierter gewürdigt werden, für das sich die Medien einsetzten. Trotzdem lassen sich Schlüsse ziehen, die das Verhalten sowohl der Behörden als auch der Medien bei ähnlichen Urnengängen in der Zukunft beeinflussen können. Je länger die Lösung wichtiger Anliegen immer wieder aufgeschoben und je spürbarer die Verlegenheit des Parlamentes beim Festlegen des Zeitpunktes für die Zwiesprache mit dem Volk wird, desto grösser werden die Hindernisse des Misstrauens, die auch mit grössten Anstrengungen im letzten Moment nicht überwunden werden können. Der Rückstand ist zu gross. Die Meinung des Volkes: wenn den Behörden wirklich daran gelegen ist, hätten sie längst den Schritt getan, ist kaum mehr zu ändern. Konkret werden all die hängigen Gesamtkonzeptionen (Verkehr, Energie, Medien, Kultur) bei ihrer Verwirklichung durch Verfassungsvorlagen mit diesem Phänomen zu kämpfen haben, wenn sie nicht bereits vorher durch ihre Atomisierung in glücklose Teilvorlagen erledigt worden sind!

Zu trauriger Bedeutung ist die journalistische Fehlleistung, die zum «Fall Tschanun» führte, gelangt. In diesem Fall ist die Sorgfaltspflicht aufs grösste verletzt worden. Welche Bedeutung diese Verletzung im Fall Tschanun hat, bleibe dahingestellt. Für uns ist die Grenze zum nicht mehr Verantwortbaren erschreckend und aufrüttelnd sichtbar geworden. An uns liegt es auch, in unserer täglichen journalistischen Arbeit zu zeigen, dass dies ein Einzelfall ist und bleiben muss. Wir sind als Medienschaffende mitbetroffen und haben mit auszubaden, was die Medien mit einem Schlag an Glaubwürdigkeit eingebüsst haben.

Weg über eine Änderung der Raumplanungsverordnung muss aber zumindest als Strapazierung der rechtlichen Grundlagen qualifiziert werden, und die gefundene Lösung darf sich nicht den Deckmantel des Föderalismus umhängen.

Sicht des Stimmbürgers der 7- zu 6-Entscheid gegen den Rückzug nur Kopfschütteln auslösen. Pikanterweise bilden Einzelpersonen das Initiativkomitee, die im Zeitpunkt der Lancierung verschiedene Kulturverbände repräsentierten, im Zeitpunkt eines möglichen Rückzugs aber teilweise keine entsprechenden Funktionen mehr ausüben und deshalb lediglich als Privatpersonen entschieden haben.

Überrissene SAP-Initiative

Zur Abstimmung kommt im Herbst auch die Lehrwerkstätten-Initiative der SAP, die weder bei Parteien und Organisationen noch beim Stimmbürger auf breite Zustimmung stossen dürfte. Angestrebt werden zusätzliche, vom Bund zu schaffende Ausbildungsplätze sowie Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Die Kantone würden beauftragt, Lehrwerkstätten zu errichten. Dem Auszubildenden würde ein Ausbildungshonorar ausgerichtet. Die Finanzierung müsste zu 75 Prozent durch Arbeitgeberbeiträge gedeckt werden, die restlichen Kosten wären durch Bund, Kantone und Arbeitslosenversicherung zu tragen. Diese Initiative muss, angesichts unserer heute bestehenden, generell reichlich vorhandenen Ausbildungsmöglichkeiten, schlicht und einfach als überflüssig bezeichnet werden.

Bundesrätliche Verschleppungstaktik

Erstauenen mag, dass im Herbst nicht auch die Kündigungsschutz-

initiative des Christlichnationalen Gewerkschaftsbundes der Schweiz (CNG) zur Abstimmung gelangt, die bereits am 4. Oktober 1985 vom Parlament verabschiedet wurde. Weitere Volksbegehren werden bis Ende Jahr abstimmsreif, so dass der Entscheid des Bundesrates, die vorgesehenen vier Abstimmungstermine im laufenden Jahr auf deren drei zu reduzieren und für das Wahljahr 1987 gar nur zwei Termine vorzusehen, nicht zu überzeugen vermag. Sicher ist, dass 1986 mehr neue Initiativen eingereicht werden, als auf der anderen Seite zur Abstimmung gelangen. Der Pen- denzenberg unerledigter Volksinitiativen wächst.

«Der Freisinn» wird in den nächsten Ausgaben einlässlich auf die Abstimmungsvorlagen eingehen.

Abstimmungskalender festgelegt

Der Bundesrat hat entschieden, dem eidgenössischen Stimmvolk am 28. September 1986 die Änderung des Zuckerbeschlusses, die Kulturinitiative mit dem Gegenvorschlag des Parlaments sowie die Lehrwerkstätten-Initiative zu unterbreiten. Über welche Vorlagen allenfalls am 7. Dezember dieses Jahres abgestimmt werden soll, ist noch offen. Als Abstimmungsdaten für 1987 fixierte die Landesregierung den 5. April und den 6. Dezember. Der Sommertermin entfällt mit Rücksicht auf die am 18. Oktober stattfindenden Nationalratswahlen.

Tagung des Schweizerischen Freisinnig-Demokratischen Presseverbandes

Kontroverse um Wassernutzung und Landschaftsschutz

Sind Wassernutzung und Landschaftsschutz Gegensätze? Ist ein weiterer Ausbau der Wasserkraftnutzung in unserem Land überhaupt noch vertretbar? Weshalb brauchen wir noch weitere oder bessere Wasserkraftwerke? Diesen und ähnlichen Fragen war die Generalversammlung des Schweizerischen Freisinnig-Demokratischen Presseverbandes in Locarno gewidmet.



Die Gesprächsteilnehmer (v. l. n. r.): Willy Loretan, Werner Böhi, Rudolf Gerber (Leiter), Rudolf von Werdt, Rudolf Stüdeli. (Photos ruti)

Die Meinungen über die eingangs gestellten Fragen prallten heftig aufeinander. Nein zu einem weiteren Ausbau sagten die Vertreter des Landschaftsschutzes, während die Repräsentanten der Kraftwerke sowie der Gebirgskantone für einen massvollen Ausbau plädierten. Politisch wird es in den nächsten Jahren zu einer Weichenstellung kommen, wenn über die aus Umweltkreisen lancierte Initiative «zur Rettung un-

serer Gewässer» entschieden werden muss.

Information aus erster Hand

Die Mitglieder des Presseverbandes liessen sich unter Leitung ihres Präsidenten, Dr. Rudolf Gerber, Chefredaktor «Der Landbote» (Winterthur), aus erster Hand informieren. Für die Elektrizitätswirtschaft sprach der Direktionspräsident der Bernischen Kraftwerke (BKW), Rudolf von Werdt. Die Anliegen der Gebirgskantone vertrat der Delegierte für Energiefragen des Kantons Graubünden, Werner Böhi. Aus der Sicht der Schweizerischen Stiftung für Landschaftsschutz und Landschaftspflege nahm deren Präsident, der freisinnige Aargauer Nationalrat Dr. Willy Loretan, Stellung. Für die Vereinigung für Landesplanung äusserte sich deren Direktor, Dr. Rudolf Stüdeli.

Salamitaktik oder Güterabwägung?

Während der BKW-Direktionspräsident von der Notwendigkeit einer «projektbezogenen, gleichgewichtigen Güterabwägung» sprach, verlangte Nationalrat Loretan eine klare Abkehr von der bisherigen Politik, die lediglich ein «Gemisch aus konzessionspolitischem Zufall, Geschäftspolitik des einzelnen Unternehmens und dem Strompreis» darstelle, statt dass sie sich an den ökologischen und räumlichen Grenzen orientiere. Loretan forderte die Elektrizitätswirtschaft auf, im Gespräch mit Bund, Kantonen und Umweltorganisationen endlich einmal verbindlich festzulegen, auf welche Ausbauprojekte definitiv zu verzichten sei – konzessionsierte und (noch) nicht konzessionsierte.

Von Werdt und Böhi waren sich einig: Von Presse und Umweltschutzverbänden werde gegenwärtig der Teufel an die Wand gemalt, es würden Horrorvisionen von der Schweiz als einem einzigen Wasserkraftwerk produziert. Ein schonender und massvoller Ausbau der Wasserkraft sei noch vertretbar und auch notwendig. Dabei müsse aber darauf geachtet werden, dass noch unberührte Landschaften von nationaler und überregionaler Bedeutung möglichst geschont würden. Der Ausbau habe mit Schwergewicht in den bereits genutzten Gebieten zu erfolgen. Von Werdt setzte sich

«Florida oder Kalifornien?»

An der Generalversammlung des FDP-Presseverbandes referierte der Direktor des Tessiner Fremdenverkehrsbüros, Marco Solari, der auch den Ausschuss für Fremdenverkehrspolitik der FDP der Schweiz präsidiert, zum Thema «Tessiner Tourismus – Der Wandel eines Images». Dabei verwies er nicht nur auf die tiefgreifenden Veränderungen im Tourismus des Südkantons, sondern auch auf die Anpassungen im Kanton selbst. Eloquent wie immer zeichnete Marco Solari nach einem Rückblick in die Vergangenheit und einem Einblick in die kulturelle Ausstrahlung seines Standes die möglichen Perspektiven für die Zukunft auf. Nach seiner Ansicht liegt es heute – im Gegensatz zu früheren Jahrzehnten – an den Tessinern selbst, über den einzuschlagenden Weg zu entscheiden, den er in die Frage «Florida oder Kalifornien der Schweiz?» knüpfte. Nachstehend ein Auszug aus seinen Ausführungen:

Im Gebiet der Veranstaltungen müssen in Zukunft jene von kulturellem Wert, die wichtige Berührungspunkte zwischen der einheimischen Bevölkerung und einem aufgeschlossenen, feinfühligem Tourismus darstellen, gefördert werden. Wie zum Beispiel das Filmfestival in Locarno, die Musikfestwochen von Ascona und Locarno, die Orgelwochen in Magadino, das Festival für New-Orleans-Jazz und die renommierten Kunstausstellungen. Andere Veranstaltungen, die heute überholt erscheinen, wird man neu überdenken müssen.



Wirtschaftlich ist die Zeit der «Rivendicazioni», der Forderungen vorbei. Das Tessin ist endgültig, dank Strassentunnels, Takifahrplan und Crossair, von seiner peripheren Lage befreit.

Nun hängt es von den Tessinern selbst ab, ob sie in ihrer Einstellung eher das Florida oder das Kalifornien der Schweiz werden wollen.

Florida gäbe es dann, wenn wir Tessiner die äusseren Einflüsse über uns ergehen lassen würden, wenn wir neben viel, vielleicht allzuviel Substanz auch noch unsere Seele aufgeben würden.

Kalifornien, wenn wir unsere Kreativität in allen Bereichen voll ausschöpfen, wenn wir es verstehen würden, mediterrane Anpassungsfähigkeit und Einfallskraft mit mitteleuropäischer Ausdauer und Methodik zu paaren.

Kulturell stellen wir fest, dass im Bereich der Architektur, der

Kunst, des Films, des Plakatschaffens das Tessin einen glücklichen Moment kennt. Es ist für die Schweiz nicht unwichtig, dass die «Italianità» sich endlich vermehrt manifestiert. Gerade dieser Moment darf die deutsch- und die französisch-sprechende «Confederati» nicht unberührt lassen. Es ist schliesslich in deren Interesse, dass eine Sprachregion wirtschaftlich nicht kolonisiert und kulturell nicht gedemütigt wird. Denn nur ein wirtschaftlich starkes Tessin kann die politische Rolle, die ihm zugeordnet ist, auch ausüben, nämlich die der ausgleichenden Wirkung zwischen einer starken Majorität und einer schwächeren Minorität. Nur ein künstlerisch anerkanntes Tessin kann die historische Rolle der «Italianità» (aber auch der «Latinità») in der Schweiz wieder aufwerten.

Unsere kleine Welt des Tessins hat in nur zwei Generationen den Schritt vom Pflug zur Elektronik geschafft. Das Verhältnis zum Tourismus ist heute weniger belastet, denn der Tessiner ist selbstbewusster geworden, auch wenn es manchmal noch zu ganz unerwarteten Reaktionen kommt, die eine ablehnende Haltung verraten.

Trotzdem sind – so glaube ich – die Voraussetzungen für eine weitere harmonische Entwicklung des Tourismus im Tessin konkret vorhanden: Qualität vor Quantität, Pflege der zwischenmenschlichen Beziehungen, die Verteidigung der sprachlichen und kulturellen Italianität, das ist der Weg, den wir in den nächsten Jahren konsequent einschlagen müssen.

auch dafür ein, dass bei Neubauten eine Interessenabwägung sämtlicher Aspekte – wirtschaftlicher wie landwirtschaftsschützerischer Natur – durchgeführt werden müsse. Er wehrte sich aber dagegen, in diesem Zusammenhang dem Natur- und Heimatschutz eine einseitige Priorität einzuräumen. Er sprach sich im weiteren gegen eine starre Regelung der Restwassermenge aus, wie sie der Entwurf für ein revidiertes Gewässerschutzgesetz vorschlägt. Das Restwasserproblem müsse projektbezogen angegangen und nicht auf zentralistischer Ebene gelöst werden, gab von Werdt zu verstehen.

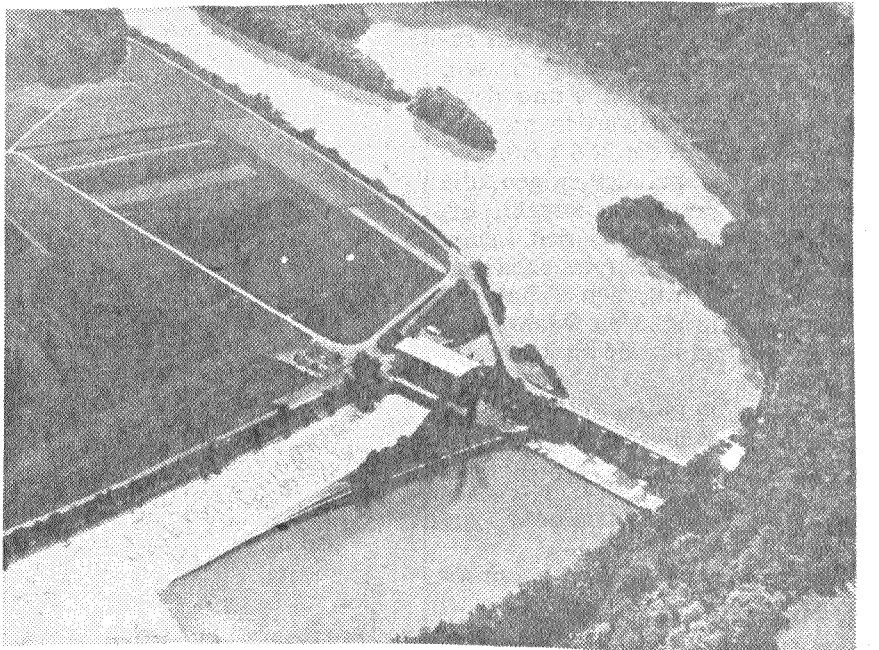
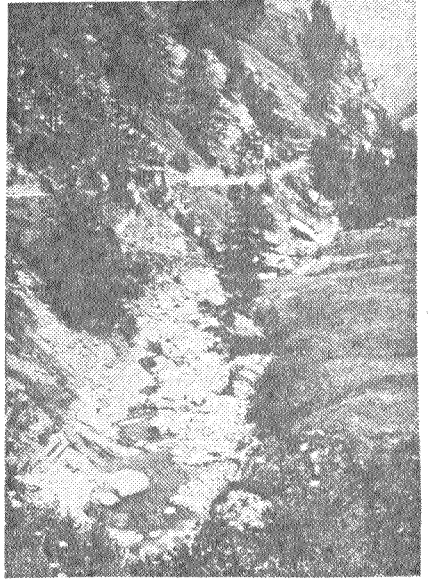
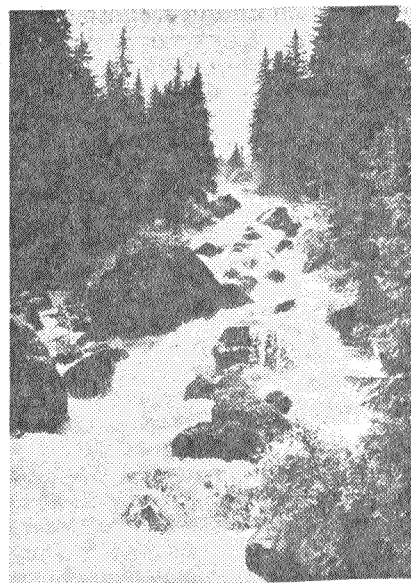
Für Nationalrat Loretan ist die Situation heute, über zehn Jahre nach Annahme des Wasserwirtschaftsartikels, immer noch höchst unbefriedigend, da angesichts fehlender gesetzlicher Grundlagen für einen quantitativen Gewässerschutz die Gefahr bestehe, dass die verfassungsmässige Zielsetzung durch den in «Salamitaktik» erfolgenden Bau neuer Wasserkraftwerke unterlaufen werde. Falls dies geschehen sollte, so werde seine Organisation sämtliche Vorhaben zum Weiterausbau der Wassernutzung aufs schärfste bekämpfen. Gemeinden, die im Interesse des Landschaftsschutzes auf eine weitere Nutzung natürlicher Wasserläufe verzichten, müssten – so Loretan – aus einem Ausgleichsfonds abgegolten werden.

Unfair oder offen?

Von Werdt relativierte die Bedeutung der Ausbaumöglichkeiten im Bereich der Wasserkraft, da mittel- und langfristig nur der Bau von Kernkraftwerken die steigende Stromnachfrage befriedigen können. Auf einzelne Wasserkraftprojekte könne deshalb verzichtet werden, wobei es aber der vielfältig strukturierten schweizerischen Elektrizitätswirtschaft schwerfalle, «mit einer Stimme zu sprechen». Mit gewissen Listen von bis zu 50 angeblichen «Projekten», von denen die

meisten nicht einmal konzessionsiert seien, werde «Schindluderei» betrieben – unter anderem auch von Bundesämtern. Der Restwasserproblematik stehe die Elektrizitätswirtschaft durchaus positiv gegenüber, doch brächten erhebliche Erhöhungen der Restwassermengen eine Verteuerung der Elektrizität für den Konsum-

menten und weniger Wasserzinsen für Kantone und Gemeinden. Ebenfalls für eine Prüfung des Einzelfalls und gegen die «unfaire» Publikation der erwähnten Listen von möglichen Wasserkraftwerkprojekten trat Werner Böhi ein. Ihm widersprach deutlich – vor allem mit Hinweis auf das Greina-Projekt – Rudolf Stüdeli.



Gefochten wird in der Frage «Landschaftsschutz contra Wassernutzung?» auch mit Fotos. Dazu zwei Beispiele von seiten der Schweizerischen Stiftung für Landschaftsschutz, die den (ungenutzten) Fellibach im Kanton Uri (links) dem Grosswasser unterhalb des Stausees im Walliser Zwischenbergental (rechts) gegenüberstellt, während die Bernischen Kraftwerke AG in einer Flugaufnahme das Kraftwerk und das Naturschutzgebiet Niederried als Gleichklang von Natur und Technik präsentiert.



An ihrer Generalversammlung liessen sich die Mitglieder des freisinnigen Presseverbandes über das Heimfallrecht und die damit zusammenhängenden Probleme orientieren. Dabei unterstrich Atel-Direktor Max Rutishauser (unser Bild), dass es den Modellfall nicht gebe, sondern nur massgeschneiderte Einzellösungen, weshalb er vor kantonalen Egoismen warnte. Das Heimfallrecht gibt den Gemeinwesen, welche die Konzession erteilt haben, nach Ablauf der vereinbarten Frist die Möglichkeit, die Wassernutzung neu zu regeln. Dazu gab Rutishauser zu bedenken, dass in den letzten Jahren in Europa ein grenzüberschreitendes System der Elektrizitätsversorgung entstand, das auf grössere Werkkombinationen zum Energieausgleich angewiesen sei. Eine Ausnutzung der Monopolsituation sei volkswirtschaftlich nachteilig, da der Wegfall von Werken für die Regulierungsaufgabe im Verbundnetz höhere Stromkosten bewirke und die Versorgungssicherheit gefährde.



Karl Steinbuch, ein Ankläger und Mahner

«Unsere manipulierte Demokratie» heisst das neueste Werk von Karl Steinbuch. Der Untertitel zu seinem Buch sagt eigentlich schon fast alles aus: «Müssen wir mit der linken Lüge leben?» Der Autor gibt im letzten Satz des Buches die Antwort: Wir müssten eigentlich nicht, sofern wir «die Überlegenheit der bürgerlichen Ordnung über alle ihre Konkurrenten feststellen, den rechten Kurs suchen und an unsere Kraft zur Meisterung zukünftiger Probleme glauben».

Die Sprache Steinbuchs ist ungeschminkt, klar, treffend. So weist er am Zweckpessimismus und an der Gesellschaftsverdrossenheit namentlich der Jugend Teilen der Medien eine Hauptschuld zu. Die auf bundesdeutsche Verhältnisse gemünzte Analyse geht beispielsweise mit dem «Spiegel» hart ins Gericht. So nennt er das Hamburger Nachrichtenmagazin ein «zinnoberrötes Paket hämischer Halbwahrheiten». Wohl auch auf hiesige Zustände dürfte seine Aussage zu treffen, dass «immer mehr Fernsehredakteure die Anstalten als ihre Privatsender betrachten». Doch Steinbuch lässt es nicht bei einer süffigen, oftmals vielleicht fast zu schlagwortartigen Sprache bewenden, er bringt anhand konkreter Fakten, Zitate und Belege die Beweise für seine Aussagen.

Seine Kritik richtet sich indessen nicht nur gegen «links». Auch im bürgerlichen Lager gelte es, die «schändliche Feigheit» abzubauen. — Bemerkenswert auch Steinbuchs Analyse der Mitverantwortung der Älteren am Überdross («Frust») der Jugend. Man habe ihr alles versprochen, wissend, dass diese Versprechungen gar nicht eingehalten werden können. Steinbuch erwähnt hier an erster Stelle die Zerstörung des Leistungsprinzips, unter gleichzeitiger Beschwörung einer besseren, lebenswerteren Gesellschaft. Er ruft zum Abschied vom Gleichheitswahn und zur Hinwendung zu vernunftbezogener Autorität auf, welche durch Leistung begründet ist.

«Unsere manipulierte Demokratie» ist für alle, die den Fortbestand der freien Gesellschaft und der leistungsorientierten Marktwirtschaft wollen, nicht nur ein Sprachrohr dessen, was sie vielleicht schon längst hätten sagen wollen, sondern auch dessen, was schon längst laut und deutlich hätte gesagt werden müssen. Fraglich allerdings, ob der Apell zur Umkehr bei denjenigen, die das Buch besonders angeht, Erfolg haben wird: bei den Lauen und Feigen im bürgerlichen Lager, bei den falschen Propheten der Zerstörung, den Manipulieren der Demokratie im «ändern» Lager.

Recensur

Karl Steinbuch: Unsere manipulierte Demokratie, Seewald-Verlag 1985

Die Rezension in einem Satz

Kein politisches Buch, sondern die reizende Familiengeschichte einer jüdischen Sippe, die auf jeder Buchseite ein leises Schmunzeln, nie aber lautes Gelächter auslöst, das ist André Kaminskis «Nächstes Jahr in Jerusalem». (Insel, 1986).

DAS EXCLUSIVE
Partnerwahlinstitut
für ANSPRUCHSVOLLE
Überregional/International
Introduction
Frau M. Th. Kläy
Neuengasse 45, 3001 Bern
Tel. 031 22 21 12
Wir senden Ihnen Unterlagen
Kein Vertreterbesuch
Gegründet 1956

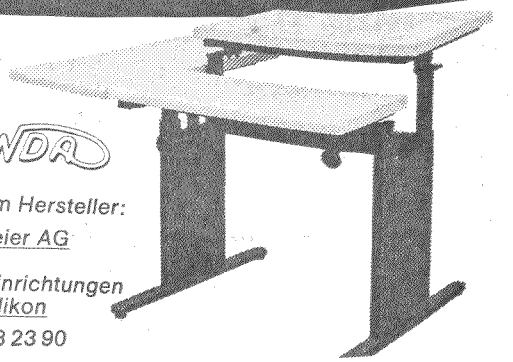
Institut du Chêne
Biel, Telefon (032) 22 60 61
Die einstündige Massage für anspruchsvolle Kunden.
FDP-Mitglied

Im Zentrum von Biel zu verkaufen
Wohn- und Geschäftshaus
● Neubau
● vermietet
● gehobener Standard
● unterhaltsarm
● 5,7% Bruttorendite
● 11 Mio. Kaufpreis
Vom Ersteller nur an Direktkäufer.
Weitere Auskunft unter Chiffre 06-603241 der Publicitas AG, 2501 Biel.

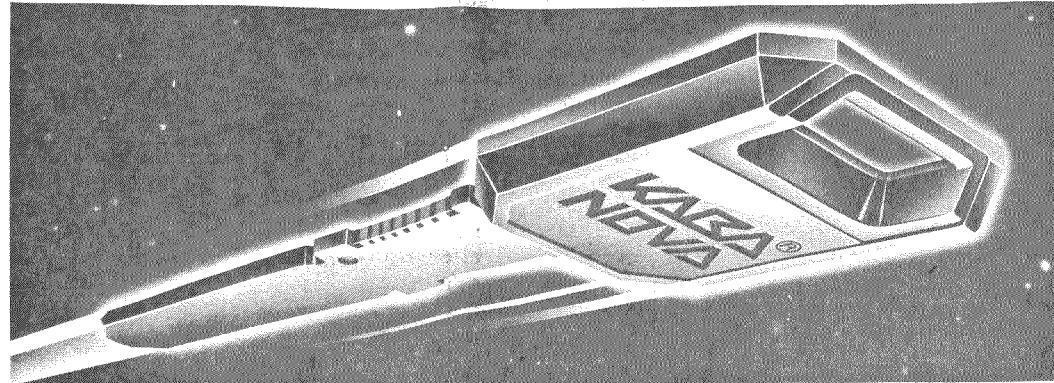
Das vielseitige Terminal- und Druckertisch-Programm

SANDRA

Direkt vom Hersteller:
P. Sandmeier AG
Büro- und
Betriebs-einrichtungen
8305 Dietlikon
Tel. 01 833 23 90



KABA NOVA - der Schlüssel mit der elektronischen Sicherheit.



Wenn Sie mehr darüber wissen wollen, so verlangen Sie Unterlagen bei

BAUER KABA®

Bauer Kaba AG
Sicherheits-Schliesssysteme
Postfach
CH-8620 Wetzikon 1
Telefon: 01/931 61 11
Telex: 875481
Telefax: 01/931 63 85

SBG aktuell

Auszug

Nr. 3/86

Informationen und Meinungen

Der beste Zinsüberwacher ist der Markt

Wenn sich Zinssätze verändern, reagiert die Öffentlichkeit meist empfindlich. Dies gilt besonders beim Hypothekarzins. «Die Banken sind die regelmässigen Adressaten von Forderungen, die in verschiedene, oft gegensätzliche Richtungen zielen», stellte Dr. Robert Holzach in seiner Präsidentsprache an der SBG-Generalversammlung fest.

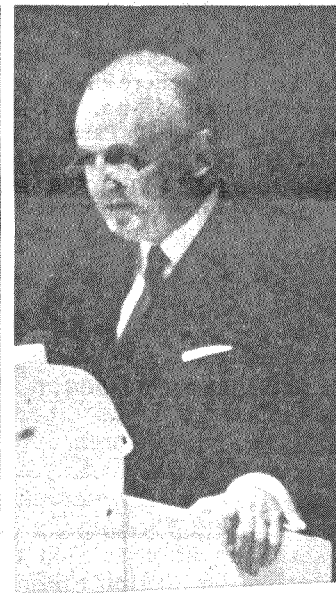
Sind die Zinssätze demnach das Resultat irgendwelcher Machenschaften der Banken? «In Tat und Wahrheit sind die Zinssätze, wie die meisten Preise in einer freien Wirtschaft, primär das Resultat von Angebot und Nachfrage», betonte der Verwaltungsratspräsident der SBG. Je mehr Geld vorhanden ist, beziehungsweise je kleiner die Nachfrage, desto tiefer fallen die Zinsen. Umgekehrt ist knappes Geld natürlich teuer.

Welche Rolle spielen die Banken? «Weder die Nachfrage noch das Angebot hängt entscheidend vom Verhalten der Banken ab», unterstrich Dr. Holzach. «Vielmehr ist es so, dass die Geld- und Kapitalnachfrage hauptsächlich vom konjunkturellen Gang der Wirtschaft im In- und auch Aus-

land abhängt.» Im Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage wirken die Banken lediglich als Mittler, sozusagen als Zwischenhändler.

Verdienen die Banken am meisten, wenn die Zinsen steigen? Dazu der SBG-Präsident: «Gelegentlich wird der Verdacht geäussert, die Banken seien an generell hohen Zinssätzen interessiert. Dies wäre ein ebenso voreiliger wie grober Trugschluss. Die Banken sind an einer blühenden Wirtschaft und deshalb an tiefen und stabilen Zinssätzen interessiert. Nur wenn die Wirtschaft floriert, besteht auch für die Banken das bestmögliche Klima erfolgreicher Geschäftstätigkeit.»

Die Banken leben nicht von der Höhe des Zinssatzes, sondern von der Grösse des Kapitaleinsatzes und von der Zinsmarge. Die Marge, so R. Holzach, «ist das Entgelt für die Beschaffungs- und Vermittlertätigkeit der Banken. Sie haben aus der Zinsdifferenz ihre Personal- und weitere Kosten des Kreditgeschäftes zu decken. Gleichzeitig müssen



Holzach

«Im Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage wirken die Banken lediglich als Mittler, sozusagen als Zwischenhändler»

Rückstellungen für die entstehenden Kreditrisiken gebildet werden.» Der Zins beinhaltet somit auch eine Risikoprämie.

Wie lukrativ ist das Zinsgeschäft, wie entwickeln sich die Margen? Dies hängt eng mit dem Geschehen am Markt zusammen. SBG-Präsident Holzach: «Vielzahl und Vielfalt der

Banken in der Schweiz sowie die zunehmende internationale Konkurrenz sorgen dafür, dass der Wettbewerb spielt. Es darf generell festgestellt werden, dass sich die Zinsmargen in traditionellen Kreditgeschäften in den letzten Jahren verringert haben. Angemessene Erträge im Kreditsektor zu erwirtschaften, erfordert immer grössere Anstrengungen.»

Wie kann das Zinsniveau tief gehalten werden? Dr. Holzach sieht dafür nur einen realistischen Weg: «Dieser Weg führt über eine stabile allgemeine Preisentwicklung. Es ist mit anderen Worten der Weg einer mög-

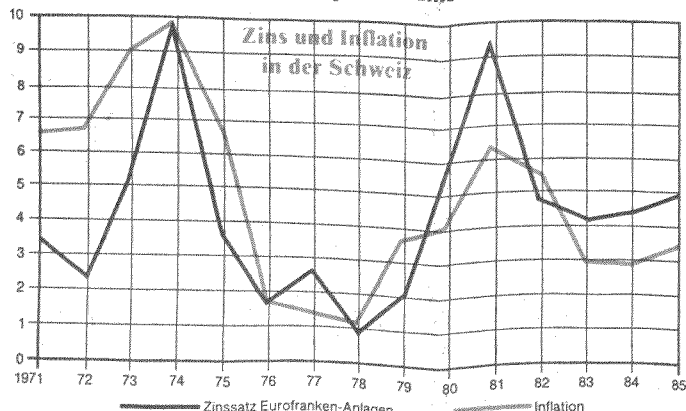
«Die Banken leben nicht von der Höhe des Zinssatzes, sondern von der Grösse des Kapitaleinsatzes und von der Zinsmarge»

licht inflationslosen Wirtschaft.» Bei der in den letzten Jahren erfolgreichen Bekämpfung der Inflation spielt die Schweizerische Nationalbank eine entscheidende Rolle.

Wie wirksam wäre eine Zinskontrolle durch den Staat? Hinter dem Ruf nach Eingriffen der Behörden «steht die illusionäre Idee, dass eine politische oder administrative Instanz besser als der Mechanismus des Marktes in der Lage sei, den für die Volkswirtschaft «richtigen» Zinssatz festzulegen. Die praktischen Erfahrungen mit behördlichen Eingriffen in den Zinsmechanismus haben indessen genau das Gegenteil gezeigt.» Als zweifellos richtig beurteilte der SBG-Verwaltungsratspräsident daher den Entscheid des Parlaments, die Überwachung der Bank- und im speziellen der Hypothekarzinsen aus dem Kompetenzbereich des Preisüberwachers auszuklammern.

Die aktuelle Informationsseite «SBG aktuell» der Schweizerischen Bankgesellschaft sind in jeder SBG-Geschäftsstelle erhältlich. Herausgabe und Redaktion: Presse- und Informationsstelle der Schweizerischen Bankgesellschaft, Bahnhofstrasse 45, 8021 Zürich.

Je tiefer die Inflation, desto tiefer die Zinssätze.



Fragen zu einem umstrittenen Thema

Agrarpolitik in der Sackgasse?

Die jüngsten Preisforderungen des Schweizerischen Bauernverbandes haben die Diskussion über die schweizerische Agrarpolitik über den Kreis der Experten hinaus belebt. «Der Freisinn» hat deshalb neben dem Direktor des Bauernverbandes, René Juri, drei freisinnigen Nationalräten, Richard Reich (ZH), Dr. Urs Schwarz (AG) sowie Dr. Walter Zwingli (SG), die sich mit der Landwirtschaftspolitik beschäftigen, vier Fragen gestellt. Dabei ging es weniger um die Preisbegehren als um den künftigen Kurs der schweizerischen Agrarpolitik.

Wo sehen Sie heute die wesentlichen Probleme der schweizerischen Landwirtschaftspolitik?

Wieviel darf die Landwirtschaft der Eidgenossenschaft kosten?

Gibt es Möglichkeiten, in der schweizerischen Landwirtschaftspolitik das unternehmerische Element wieder vermehrt zum Spielen zu bringen?

Sehen Sie die Lösung der schweizerischen Landwirtschaftsprobleme in: 1. einer Preisdifferenzierung, 2. mehr Subventionen, 3. Direktzahlungen, 4. einer Kombination dieser Möglichkeiten oder 5. wie?

Das wesentlichste Problem der schweizerischen Landwirtschaftspolitik scheint mir darin zu liegen, dass fast jedermann – auch unter den Bauern – das Gefühl hat, sie stecke in einer Sackgasse, dass aber niemand in der Lage ist, konkrete Lösungsvorschläge zu unterbreiten, die sachgerecht und zugleich auch politisch realisierbar sind. Es ist charakteristisch für diese Situation, dass im vergangenen September der Nationalratssaal bei der Behandlung des 6. Landwirtschaftsberichts fast leer war, obwohl die Agrarpolitik die Bundeskasse gegenwärtig rund 1,7 Milliarden kostet: Die Ratlosigkeit ist fast allgemein. Nur der Landesring sucht sich mit Vorwürfen und Vorschlägen zu profilieren, die aber dadurch relativiert werden, dass die Migros der weitaus grösste Abnehmer der Landwirtschaft ist. Mit dieser Nachfragemacht lässt sich leicht disputieren.

Die Landwirtschaft ist mit Aufgaben belastet, die zu einem wesentlichen Teil jenseits von Angebot und Nachfrage liegen und einen entsprechenden Preis haben, der so lange von der öffentlichen Hand zu berappen ist, als die Zielsetzungen unbestritten, um nicht zu sagen tabu bleiben: Sicherung der Landesversorgung auch in Notzeiten, Unterhalt der Kulturlandschaft, Gewährleistung der dezentralisierten Besiedlung. Korrekturen finanzieller Art könnten bei gleichbleibender, vorwiegend staatspolitisch ausgerichteter Konzeption nur dadurch erfolgen, dass sich der Markt ein höheres Preisniveau im Agrarsektor gefallen liesse – ein Unterfangen, das angesichts der traditionellen Verpolitisierung der Agrarpreise nicht leicht durchzusetzen sein dürfte.

Der Bauer ist seinem Wesen nach auch heute noch unternehmerisch eingestellt. Eine wirkliche Verstärkung dieses Elements wäre nur denkbar, wenn sich im Sinne der Antwort auf die Frage 2 die Struktur des Marktes wesentlich verändern liesse.

Gegenwärtig sind Expertengremien an der Arbeit, um den Fragenkomplex vermehrter Direktzahlungen einmal mehr genau zu überprüfen. Es ist zu hoffen, dass ihre Ergebnisse zur Basis einer vertieften Grundsatzdiskussion über das Preisgefüge und die landwirtschaftliche Einkommenspolitik werden, wie sie sich in den letzten Jahren leider nicht mehr mit der notwendigen Differenziertheit zu entwickeln vermochte.



Richard Reich

Da unsere Landwirtschaft aus naturgegebenen Gründen international nicht konkurrenzfähig ist, muss sie – wollen wir sie in ihren vielfältigen Strukturen erhalten – geschützt werden. Dies ist die klassische Ausgangslage, und alles Weitere sind logische Konsequenzen davon, z. B. mangelnder Wettbewerb, Paritätslohnforderung, die Stellung des Landwirts als Unternehmer usw. Dazu kommen noch die Probleme eines akuten Landmangels, die im internationalen Vergleich strengen Tierschutzbestimmungen, die diametral entgegengesetzten Interessen der Exportindustrie sowie die Konsumenteninteressen und die Interessen des Importhandels von landwirtschaftlichen Fertigprodukten.

Sie darf uns so viel kosten, was uns schöne Rebberge, eine möglichst intakte Berg- und Juralandschaft sowie weite Grünflächen im Mittelland wert sind. Dazu kommen eine Versicherungsprämie für Krisenzeiten und eine Gebühr zur Erhaltung einer staatspolitisch tragenden Volksgruppe. Eine absolute Grösse ist wie bei der Landesverteidigung oder den Sozialaufwendungen schwer zu fixieren. Es handelt sich um relative Grössen im Verhältnis zu andern wichtigen Staatsaufgaben und zu den wirtschaftlichen Möglichkeiten. Letztlich muss noch ein Verteilen zwischen den öffentlichen Haushalten und den Konsumenten gemacht werden, unter besonderer Beachtung der Substitutionsgefahr.

An sich bringt gerade der Wille des Bauern, unternehmerisch zu handeln, Probleme mit sich. Durch eine, z. T. übertriebene Tiefpreispolitik von Konsumentenorganisationen wurden die produzierten Mengen erhöht, die Anbauintensität gesteigert, der Betrieb rationalisiert, die Forschung verstärkt – alles Leistungen, welche in Industriekreisen als unternehmerische Tugenden gepriesen werden. Im Agrarsektor können damit, in Verbindung mit günstigen natürlichen Bedingungen, Überschussprobleme entstehen, ferner können die Böden übernutzt und die Gewässer strapaziert werden. Die Einführung marktwirtschaftlicher Verhältnisse ist aus diesen und andern Gründen nur bedingt möglich.

Aus den bisher dargelegten Zielsetzungen geht hervor, dass es keine Patentlösungen gibt, sofern man an den Zielen festhält. Um den vielen Bedürfnissen gerecht zu werden, bedarf es zahlreicher Interventionismen, wie sie bereits in Form von Direktzahlungen, Subventionen usw. zur Anwendung gelangen. Allerdings scheinen gewisse Akzentverschiebungen im Sinne einer Vereinfachung des Subventionsdschungels und einer Verstärkung von Direktzahlungen sinnvoll. Aus ökonomischen Gründen muss man sich meines Erachtens vor einer extremen Förderung von Kleinbetrieben hüten und tierschutzbedingte Auflagen der inländischen Produktion durch Belastung von ausländischen Fertigprodukten kompensieren.



Urs Schwarz

Landwirtschaftspolitik soll eine leistungsfähige Landwirtschaft und einen gesunden Bauernstand erhalten helfen. Ich nenne fünf Schwerpunkte: 1. Ausrichtung der Produktion auf den Absatz (Probleme: Intensität, Produktionslenkung und Importanteil). 2. Anerkennung inländischer Produktionskosten in rationalen Talbetrieben als Basis der Preisgestaltung. 3. Beachtung einer umweltgerechten Produktion (optimale Intensität). 4. Besserer Ausgleich natürlicher Produktionserschwerisse (Berggebiet, Topographie, Klima). 5. Sachliche Information der Bevölkerung über Landwirtschaftsprobleme. Auch in Zukunft benötigen wir einen gesunden und leistungsfähigen Bauernstand!

Sollten wir nicht eher fragen, was dürfen die Nahrungsmittel und eine gepflegte Landschaft kosten? $\frac{1}{4}$ des Einkommens, $\frac{1}{2}$ (wie heute) oder weniger? Zur Antwort auf diese Frage drei weitere Gedanken: Wir haben den tiefsten Selbstversorgungsgrad aller Nachbarländer! Heute verbilligt der Bund die Lebensmittel um etwa 13%, ist das richtig? Schliesslich, wer als Konsument und als Steuerzahler für das Essen weniger bezahlen will, setzt sich zwangsläufig für weniger, aber grössere Bauernbetriebe ein! Der Zielkonflikt zwischen Rationalisierung und der Erhaltung möglichst vieler Bauernbetriebe besteht auch in Zukunft!

Spielt das unternehmerische Element tatsächlich nicht mehr? Wie wäre denn sonst der enorme Rückgang der Betriebe und der Arbeitskräfte möglich gewesen? Wie wären die grossen Einkommensunterschiede auch zwischen ähnlichen Betrieben denkbar? Verschiedene Produkte machen ihren Preis nach wie vor auf dem Markt (Gemüse, Fleisch, Zucht- und Nutzvieh usw.). Preisliche Anreize sind auch heute noch die wirksamsten Produktionslenkungsmaßnahmen. Trotzdem gilt es, zum unternehmerischen Element auch auf dem Bauernhof Sorge zu tragen, denn dieser Spielraum ist eine der Existenzgrundlagen für den bäuerlichen Familienbetrieb.

Ist unsere Landwirtschaftspolitik so schlecht? Und sind die aus allen Ecken angepriesenen Alternativen so viel besser? Probleme mit Holzhammermethoden und Vexierbildern lösen zu wollen führt zu nichts. Preisdifferenzierungen und Direktzahlungen kennen wir bereits. Sie sollen noch besser als bisher natürliche Produktionserschwerisse ausgleichen. Die Produktionskosten rationaler Talbetriebe sollten durch den Erlös aus den Erzeugnissen gedeckt werden können! Wir haben eine tüchtige Landwirtschaft und vernünftige Nahrungsmittelpreise. Ich glaube, wir können diese Preise bezahlen.



Walter Zwingli

Verglichen mit den agrarpolitischen Problemen in den USA und den EG-Staaten können unsere wenn auch nicht als gering, so doch längst nicht als derart gravierend bezeichnet werden. In letzter Zeit wurde unsere Agrarpolitik jedoch von gewissen Kreisen zur Zielscheibe von heftigen emotionalen und unsachlichen Attacken bestimmt. Was wir dagegen brauchen, wäre eine ruhige und sachbezogene Agrarpolitik zur Sicherung und Aufrechterhaltung eines gesunden Bauernstandes und einer leistungsfähigen Landwirtschaft anstelle einer polemischen Desinformation.

Die landwirtschaftliche Einkommenspolitik hat sich am schweizerischen Lebensstandard zu orientieren. Das heisst: Der Bauer sollte sozial und wirtschaftlich den in der übrigen Wirtschaft Tätigen gleichgestellt werden. Bis anhin konnte dies mit der grundsätzlich bewährten Agrarpolitik weitgehend verwirklicht werden, ohne dass dabei die Bundeskasse oder die Verbraucher überfordert wurden. Im Gegenteil! Die Aufwendungen des Bundes für die Landwirtschaft sind prozentual zurückgegangen, und der Anteil für Lebensmittel bei den Haushaltsausgaben der Konsumenten hat sich in den letzten 20 Jahren halbiert. Vergleiche mit andern Industriestaaten zeigen, dass die Lebensmittel in der Schweiz nicht teurer sind.

Leider wird oft übersehen, dass dem Bauern und seiner Familie die alleinige Verantwortung der Betriebsführung obliegt. Entscheidungen über Investitionen, Anbau, Arbeitseinsatz usw. werden einzig von der Betriebsleiterfamilie überlegt, beschlossen und durchgeführt. Der Bauer ist also ein selbständiger, eigenverantwortlicher Unternehmer. Die Berufsorganisation befürwortet aber durchaus ein vermehrtes Unternehmertum in der Agrarpolitik. Gerade die Möglichkeit, berufsständische Beschlüsse und Massnahmen allgemeinverbindlich erklären zu lassen, könnte inskünftig zu einer neuen Form von bäuerlicher Selbsthilfe und damit auch zu mehr Unternehmertum führen.

Überstürzte «Lösungen» im Sinne einer Abweichung von unserer international als nachahmenswert anerkannten Agrarpolitik halten wir weder für angebracht noch für notwendig. Die Einkommenserzielung mit kostendeckenden Produktpreisen für die Unterlandbetriebe und den bestehenden Massnahmen vielseitiger Natur wird unserer Struktur, die vor allem von kleineren und mittleren Betrieben geprägt ist, sowie den Zielen und Aufgaben der schweizerischen Landwirtschaft am ehesten gerecht. Was heute insbesondere not tut, ist eine vermehrte sachliche Aufklärung der Gesamtheit der Staatsbürger über die Bedeutung des Bauernstandes für unseren Staat.



René Juri

50 Jahre Redressement National

«Aufgaben sind noch viel grösser geworden»

Vor kurzem feierte das Redressement National, die Vereinigung für Freiheit, Föderalismus und Recht, seinen 50. Geburtstag. Dazu eine Würdigung aus der Feder von alt Nationalrat Dr. Otto Fischer:

Ausgangspunkt der Gründung des Redressement National war die Weltwirtschaftskrise, die 1935 kurz vor der Abwertung des Frankens auch in der Schweiz einen Höhepunkt erreicht hatte. Als besonders schwerwiegende Konsequenz brachte sie eine eigentliche Flucht in den Staatsinterventionismus mit sich. Weite Kreise aus dem schweizerischen Bürgertum und aus der Wirtschaft hatten – mitbeeinflusst durch die Diktaturen und die ordnungspolitischen Experimente im Ausland – das Vertrauen in die Überlegenheit einer liberalen politischen und wirtschaftlichen Ordnung und in unsere demokratischen Institutionen verloren.

Linker Frontalangriff abgewehrt

Man gab sich in der allgemeinen Not dem Glauben hin, dass der Staat die darniederliegende Wirtschaft und die politische Ratlosigkeit durch Eingriffe aller Art korrigieren könne. Arbeitslosigkeit, Bankenzusammenbrüche und Konkurse, Überproduktion in Gewerbe und Industrie, Lahmlegung der Weltwirtschaft durch Schutzzölle und Einfuhrsperrn, Zusammenbruch des Tourismus, Bodenverschuldung und Agrarkrise waren die Zeichen jener Zeit.

Die von den Linken und linksorientierten bürgerlichen Kreisen getragene sogenannte Kriseninitiative hätte die freie Marktwirtschaft endgültig durch eine staatlich dirigierte Wirtschaft ablösen sollen. Dank einem aussergewöhnlichen Einsatz konnte der Frontalangriff auf das schweizerische Wirtschaftssystem in der Volksabstimmung vom 3. Juni 1935 mit 567 425 Nein gegen 425 242 Ja zurückgewiesen werden.

Um künftig ähnlichen Angriffen gegenüber zum vornherein gewappnet zu sein, beschloss das bürgerliche Abstimmungskomitee gegen die Kriseninitiative, eine «dauernde Kampfgemeinschaft» zu bilden. Dies war die Geburt des Redressement National. Als wohl einziger Überlebender unter den Gründern hat an der Jubiläumstagung der kürzlich verstorbene frühere Nationalrat Dr. Robert Eibel als Ehrenmitglied des Redressement teilgenommen.

Viele Fehlentwicklungen verhindert

Das Redressement hat in den 50 Jahren seines Bestehens nur drei Präsidenten aufzuweisen. Zuerst Dr. Andreas von Sprecher, dann Dr. Reinhard Amsler und seit 1957 Carletto Mumenthaler. Sie führten mit grosser Grundsatztreue die ausserhalb der Parteien und Verbände stehende politische Organisation, die im Gegensatz zu vielen andern gutgemeinten Gründungen dieser Art auf Dauer Bestand hatte.

In unzähligen Volksabstimmungen hat das Redressement mitgewirkt und sehr oft die bürgerliche Opposition getragen, vor allem dann, wenn Parteien und wirtschaftliche Organisationen die Einsicht oder die Zivilcourage hiezu nicht aufbrachten. Der Kampf ging dabei beileibe nicht immer gegen unangemessen Vorstösse der Linken, bei denen sich die Parteien und Verbände mit Vorliebe exponieren; bedeutsamer sind die vielen mutigen und kraftvollen Einsätze gegen fragwürdige Vorlagen der bürgerli-



chen Parteien und ihrer Regierung. Denken wir nur an die vielen Finanz- und Steuervorlagen, bei denen es um die Opposition gegen eine von bürgerlichen Politikern und Parteien unterstützte Verschärfung der Fiskalität und der damit verbundenen Stärkung der Machtposition des Staatsapparates ging. Das Redressement hat zahlreiche dieser Vorstösse verhindert und damit in den letz-

ten 50 Jahren unser Land vor mehreren Fehlentwicklungen bewahrt.

Staatsinterventionismus feiert Urständ

Heute, bei Anlass des Jubiläums des Redressement, haben wir keine Krise mehr. Der Staatsinterventionismus feiert aber trotz allen Anstrengungen Urständ. Die Aufgaben für eine Organisation, die sich für Freiheit, Föderalismus und Recht einsetzt, sind deshalb nicht geringer, sondern noch viel grösser geworden. Das heutige Redressement, unter der hervorragenden Leitung von Präsident Carletto Mumenthaler und Dr. Rudolf Rohr, arbeitet auf zwei Linien: Einesteils wird durch kompetente Mitarbeit und im politischen Alltag ungewöhnlich scharfsinnige und grundsätzliche Analysen der Probleme an der Verbesserung der Erlasse, vor allem auf den Gebieten der Finanzen und Steuern wie auch des Bodenrechts, mitgearbeitet. Andererseits beteiligt sich das Redressement nach wie vor an vorderster Front bei eidgenössischen Urnengängen.

So ist es angebracht, den Freunden vom Redressement National zum 50-Jahr-Jubiläum Glück zu wünschen und für die Gemeinschaft bei der Abwehr gegen die für alle so gefährliche Staatsmacht und für die immerwährende Kampfbereitschaft zu danken, die in bürgerlichen Kreisen so oft fehlt.

Sowjetblock-Information und Tschernobyl

Gorbatschew: «Ein Unglück hat sich ereignet.»

Ganze drei Tage schwiegen sich die sowjetischen Medien über die Reaktorkatastrophe vom 26. April im ukrainischen Tschernobyl aus. Als sie sich zu Worte meldeten, war vorerst die Rede von einer «Havarie». Auslandredaktor Jacques Baumgartner fasst die Berichterstattung über Tschernobyl in den Ostblock-Medien zusammen:

Es dauerte zwei Wochen, bis das Ereignis damit umschrieben wurde, dass eine «schlimmere Katastrophe» habe vermieden werden können. Aber auch das Eingeständnis der Katastrophe war nur zwischen den Zeilen zu finden. Selbst der sowjetische Parteichef, Michail Gorbatschew, schaffte in einer Rede am 14. Mai keine Klarheit, geschweige denn, dass er ein Wort der Entschuldigung oder des Bedauerns gegenüber der ukrainischen oder der Bevölkerung ausserhalb der Sowjetunion gefunden hätte. Er sagte: «Ein Unglück hat sich ereignet.»

Am 29. April verlas das sowjetische Fernsehen eine Mitteilung des «Ministerrates der UdSSR». Sie begann mit den Worten, «wie bereits in der Presse mitgeteilt wurde...» (in der westlichen wohl), habe sich in dem 130 Kilometer nördlich der ukrainischen Hauptstadt Kiew gelegenen Kernkraftwerk (KKW) Tschernobyl eine «Havarie» ereignet. Zwei Menschen seien ums Leben gekommen. Die Strahlungslage sei «stabilisiert». Diese erste offizielle Mitteilung wurde am nächsten Tag erstmals in der Parteizeitung «Prawda» veröffentlicht, und zwar ebenfalls mit den Worten, «wie bereits in der Presse...».

Drei Tage geschwiegen

Das Studium der wichtigsten sowjetischen Presseorgane und der gesprochenen Radio- und Fernsehsendungen ergibt, dass es drei Tage nach der Reaktorkatastrophe keine Mitteilungen, geschweige Warnungen an die Bevölkerungen, gegeben hat. Es wurde erst auf die Alarmlösungen aus den skandinavischen Ländern reagiert. Wie und auf welche Weise reagiert wurde, da-

für mag nachfolgende Zusammenstellung sprechen.

Düstere Aussicht

Radio Moskau (29. 4.): «Es sei unterstrichen, dass das erste Zwischenfall dieser Art innerhalb der mehr als 30 Jahre des Betriebes der Kernkraftwerke in der Sowjetunion ist. Schon diese Tatsache allein zeugt von ihrem hohen Sicherheitsgrad.» Diese Sendung war nicht für die Sowjetunion, sondern fürs Ausland bestimmt. Anvisiert wurde vor allem die Bundesrepublik Deutschland, auf deren Boden (amerikanische) Nuklearwaffensysteme stehen. Gleichzeitig wurde an den ungenauen Vorschlag von Gorbatschew erinnert, «bis spätestens Ende dieses Jahrhunderts» alle Nuklearwaffen zu beseitigen.

Nebenbei bemerkt hat sich Gorbatschew nie darüber geäussert, wie eine solche «Liquidation» auch überprüft werden soll. Gegen Inspektionen vor Ort wehrt sich die Sowjetunion auch bei den Kernkraftwerken, da diese zum Teil nicht nur Strom, sondern auch waffenfähiges Plutonium erzeugen.

Einen Schritt weiter ging am gleichen Tag (29. 4.) der polnische Regierungssprecher Jerzy Urban über Radio Warschau: «Eine radioaktive Wolke passierte das nordöstliche Territorium Polens. Obwohl für die Gesundheit der Bevölkerung keine Gefahr droht, haben die Partei- und Regierungsführung ihre volle und ernsthafte Aufmerksamkeit auf diesen Zwischenfall konzentriert. Seit gestern (28. 4.) wurden 200 zusätzliche Stationen errichtet, um verschiedene Strahlungswerte zu messen.» Der selbe Sender vier Stunden später (18 Uhr): «Das in der Luft befindliche Jod kann für

Säuglinge, Kinder und schwangere Frauen schädlich sein.»

Von der Havarie zum Unfall

Das Fernsehen in der Polen benachbarten DDR: «Im Zusammenhang mit Anfragen (!) teilte das Staatliche Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz mit, dass in der DDR ständig Messungen zur Überwachung der Radioaktivität in der Umwelt erfolgen. Nach der Tass-Meldung (der sowjetischen Nachrichtenagentur) über eine Havarie wurden keine Werte von Radioaktivität gemessen.»

Die Havarie zum Unfall hatte schon am 28. April das ungarische Radio «gesteigert»: «Im Atomkraftwerk Tschernobyl ist es zu einem Unfall gekommen. Mehrere Personen sind gestorben.»

Von «verbessertem Strahlungszustand» schrieb Tass am 30. April, derweil das sowjetische Fernsehen über «einige westliche Massenmedien» herzog, die Gerüchte verbreiteten. «Wie bereits mitgeteilt wurde, kamen de facto zwei Personen ums Leben.»

«Propagandamanöver»

«Westlicher Hexentanz um Tschernobyl» war für Tass am 5. Mai die Schlagzeile: «Zum Beispiel werden erfundene Geschichten über Tausende von Toten unter der Bevölkerung verbreitet. Und das tun solche Menschen, die den wahren Geist des Vertrauens (!) und der Entspannung nicht akzeptieren, für die das Schüren von Feindschaft zwischen den Völkern eine gewohnte Beschäftigung ist.»

«Prawda» (4. 5.): Die westliche Propaganda sei bemüht, das Unglück im Kernkraftwerk Tschernobyl, «praktisch als eine Art internationale Krise» darzustellen. «Künstlich» stosse man im Westen einen «Aufschrei der Entrüstung» aus. Es werde (u. a.) versucht, vom SDI-Programm abzulenken. «Die UdSSR ist der Meinung, dass Kernkraft ausschliesslich für friedliche Zwecke genutzt werden sollte. Gewisse Leute unter den Befürwortern eines fortgesetzten nuklearen Wettrenns im Nato-Bereich sehen darin anscheinend eine Drohung. Aus diesem Grunde haben sie offensichtlich beschlossen, die Propagandawolke so gross wie möglich werden zu lassen im Bestreben, die internationale Atmosphäre zu vergiften.»

Während die Sowjetführung nach wie vor gegenüber der eigenen und der europäischen Öffentlichkeit mit Informationen geizte, eskalierte die Kampagne gegen die westliche Berichterstattung über Tschernobyl. Tass (5. 5.): «Wirklich, die Sättigung der internationalen Atmosphäre mit politischer Radioaktivität ist nicht weniger gefährlich als das Entweichen radioaktiver Stoffe aus kerntechnischen Anlagen.»

Dahingeschmolzenes Vertrauen

Mit «Tschernobyl» schmolz gewissermassen auch eines der wichtigsten Siegel sowjetischer Weltgeltung: Bis anhin glaubte sich die Sowjetunion führend in der Atomtechnik. Nun dürfte auch das Vertrauen in sowjetische Technologie geschwunden sein, vorab auch in Ländern mit sozialistischem Anstrich in der Dritten Welt. Deshalb Radio Moskau (5. 5.), die tschechoslowakische Parteizeitung «Rude pravo» zitiert: «Die Freunde der Sowjetunion stehen in diesen Minuten mit vollem Verständnis an der Seite der Sowjetunion. Sie glauben fest an die sowjetische Wissenschaft, die alles unternimmt, damit die Umwelt den Menschen dient und damit das Atom, diese Quelle einer grossen zerstörenden, aber auch schaffenden Kraft, nur dem Frieden dient.»

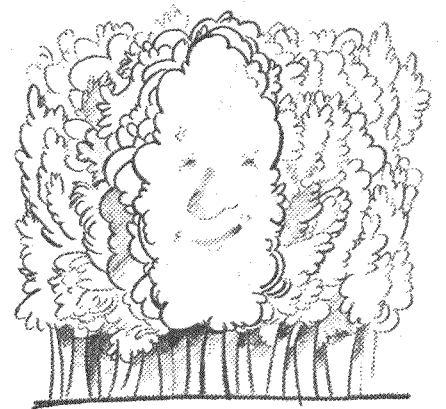
Das slowakische Radio: «In Kiew finden die letzten Vorbereitungen für den Start des 39. Radrennens des Friedens statt. Es ist bedauerlich, dass einige Fahrradverbände der Kampagne unterstützten, die durch verschiedene Kreise der westlichen Länder im Zusammenhang mit der Havarie eines der Reaktoren hervorgerufen wurde, und dass sie ihre Fahrer abberufen haben. Das Leben in Kiew verläuft normal.»

«Dachten nicht ans Verstrahlen»

Natürlich sei, wie Tass am 6. Mai vermerkte, das, was in Tschernobyl passierte, «ein grosses Unglück». «Aber man lernt nicht nur aus Erfolgen, sondern auch aus Tragödien.» Womit erstmals eine «Tragödie» eingestanden wurde! Welches Ausmass sie haben könnte, offenbarte am 8. Mai die sowjetische Armeezeitung: «Weder General Berdow (Stellvertreter Innenminister der Ukraine) noch Hunderte von Menschen (!), die an ihren Arbeitsplätzen waren oder auf Alarmsignal zum KKW kamen, dachten an radioaktive Strahlung. Weder diese Menschen noch die bekannten sowjetischen Wissenschaftler, die mit der Regierungskommission kamen, konnten die Ursachen und die Folgen des Unfalls kennen. Man brauchte Zeit, um sich Klarheit über die Ereignisse zu verschaffen.» Parteichef Gorbatschew liess sich Zeit bis zum 14. Mai. Die gesamte Sowjetunion versucht sich mit dem Argument der Unkenntnis der Ursachen herauszureden.

Die sowjetischen Behörden verschweigen alles, was das System in ein schlechtes Licht stellen könnte. Sie tun es selbst dann, wenn das Zurückhalten wichtiger Informationen das Leben eigener Bürger so wie dasjenige von Millionen Menschen im Ausland in Gefahr bringt.

DOB



VOR LAUTER WALD DEN BAUM NOCH SEHEN, IST DAS GEHEIMNIS DER FINE ART OF BANKING.

Unsere Analysten sehen auch in einem Wald von Informationen und Zahlen rechtzeitig gewinnbringende Trends und kommen für unsere Kunden zu einer eindeutigen Empfehlung. Das verstehen wir unter der Fine Art of Banking.

JB&B
BANK JULIUS BAR
THE FINE ART OF BANKING
Zürich London New York